VBE

05/2014
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
05.05.2014 / 65. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Bildung, die wir meinen ... ganz real

- **Gleichstellung: Vor der Wahl und nach der Wahl**
- **Betriebliches Eingliederungsmanagement**

– Inhalt –

Kommentar	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	8
kontrovers	11
Bericht	14
Personalräte & Co	16
Studium & Seminar / AdJ	17
Seniorinnen & Senioren	18
Recht & Beratung	19
Referate	21
Personalia	22
Termine	23
Kreisverbände stellen sich vor	24
Aus den Kreisverbänden	25
Termine in den Kreisverbänden	26
Infos & Technik	27
Wir gratulieren	29
Kurz vor Schluss ...	30

Impressum

05. Mai 2014, 65. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Sabine Drechsler *sdr*
(Studium / Seminar / AdJ)
s.drechsler@vbe-rp.de / adj@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Frank Handstein *fh*
(Reportage / Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Fotos/Grafik:
Jan Roeder: Titel, 3, 4, 5, 8(2), 9(2), 10(2), 14, 16
Hjalmar Brandt: 2(3), 7, 22, 30
Konrad Ochsenreither: 18
Marco Urban: 21
VBE- Archiv: 24 (2), 25 (2)
Rückseite: Tim Reckmann / pixelio.de

Die RpS erscheint elfmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
12.05.2014 für Heft 06/2014.
Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.
Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Gebrüder Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 03.06.2014.

VBE-Hauptausschuss: Frühjahrstagung

Für die VBE-Grundschulpolitik aktiv: Lars Lamowski

Zweimal im Jahr treffen sich die Mitglieder des Hauptausschusses des VBE Rheinland-Pfalz, um über wichtige und aktuelle schulpolitische Themen zu beraten und Entscheidungen zu treffen, die den Kurs des VBE bestimmen.

Der VBE-Hauptausschuss besteht aus den Mitgliedern des Landesvorstandes, den Referentinnen und Referenten der schulischen und gewerkschaftlichen Fachbereiche, den Vertreterinnen und Vertretern der VBE-Kreisverbände, den (kooptierten) Mitgliedern der Stufenvertretungen sowie den von der Delegiertenversammlung gewählten Kassenprüfern, also aus insgesamt 60 Kolleginnen und Kollegen.

Engagiert im VBE-Hauptausschuss (von rechts): Barbara Kotsch, Johannes Philipp, Alexander Stepp und Niels Möhn

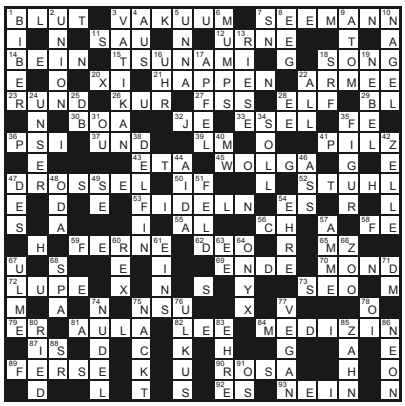
Das war auch am 04. April 2014 so, als sich der Hauptausschuss im Haus am Dom in Mainz zu seiner diesjährigen Frühjahrssitzung traf. Auf der Agenda standen – nach einem ausführlichen Bericht des Landesvorstandes durch den Landesvorsitzenden Gerhard Bold – Fragen der Mitgliederentwicklung, der Rechtsberatung und der schulpolitischen Entwicklung.

Breiten Raum nahm eine Diskussion über die Grundschulentwicklung ein, die sich nicht nur mit dem Umfeld der neuen Zeugnisse befasste, sondern auch auf die drohenden Einschnitte bei der Betreuenden Grundschule einging. Im Bereich der Sekundarstufe I befassten sich die Ausschussmitglieder insbesondere mit den Problemen der Inklusion und ihrer stufenweisen Umsetzung in den Schulalltag. Breiten Raum nahm auch der Stand des Prozesses gegen das Land in Sachen Gleichstellung der Lehrer ein, in dem im Herbst mit der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht zu rechnen ist.

Der junge VBE (von rechts): Ann Fischer, Sabine Drechsler, Tammo Scherr und Nicole Saueressig mit Gerhard Bold

Im Herbst 2014 wird auch der VBE-Hauptausschuss zum nächsten Mal tagen, dann am 07. November 2014 in Neuwied. Schon jetzt ist klar: Es wird genügend Diskussionsbedarf geben, das Land wird dafür sorgen. Dann werden wir in der RpS wieder darüber berichten. ■ *br*

Unser Rätsel aus Heft 04/2014 :
Hier ist die Auflösung



UM EIN TADELLOSES MITGLIED EINER SCHAFHERDE ZU SEIN MUSS MAN VOR ALLEM EIN SCHAF SEIN

Schulgesetznovelle 2014 – der Weg ist das Ziel!

Zum 01. August soll in Rheinland-Pfalz eine Änderung des Schulgesetzes in Kraft treten. Zentraler Bestandteil der Novellierung ist die Umsetzung des inklusiven Unterrichts. Jedoch stehen uns auch andere Veränderungen bevor, die bislang kaum im Fokus der Öffentlichkeit beleuchtet werden. Dazu gehört auch die Erweiterung der Elternbeteiligung.

Laut Gesetzesentwurf können künftig die Elternvertreter im Schulausschuss stimmberechtigt an Gesamtkonferenzen teilnehmen. Vor allem für kleine Schulen wird das Folgen im Hinblick auf ihre Arbeit haben. Auch ist künftig bei den „Grundsätzen der Schulentwicklung und der Qualitätsentwicklung“ das Einvernehmen mit dem Schulausschuss herzustellen. Hier stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit, da den Eltern bislang schon sehr weitgehende Beteiligungsrechte zugestanden werden.

Diese Punkte weisen darauf hin, dass den Eltern die gleichen Mitspracherechte gewährt werden wie den pädagogischen Profis, unseren Kolleginnen und Kollegen. Zu bedenken ist, dass Elternvertreter oft nur eine kurze Zeit in den entsprechenden Gremien verbringen. Dies kann im Hinblick auf die pädagogische Orientierung und Qualitätsentwicklung, die in Schulen in der Regel langfristig erfolgt, zu einer gewissen Kurzsichtigkeit führen.

Elternmitarbeit und -beteiligung sind unabdingbare Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche schulische Arbeit. Jedoch muss die pädagogische Professionalität bei wichtigen Entscheidungen für die Weiterentwicklung von Schulen im Vordergrund stehen.

Kern der Schulgesetznovelle ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im schulischen Bereich. Es erfolgen wichtige Weichenstellungen im Hinblick auf ein inklusives Schulsystem. Richtungweisend ist die Festlegung, dass Inklusion die Aufgabe aller Schulen und in allen Schularten ist. Inklusive Beschulung wird als allgemeinpädagogische Aufgabe verstanden. Jedoch findet sich kein Hinweis auf die Ausstattung mit entsprechenden pädagogischen Ressourcen aller Schulen. Diese bleibt, wie bisher, den Schwerpunktschulen vorbehalten.

Alexander Stepp

In diesem Zusammenhang steht auch das „vorbehaltlose“ Wahlrecht der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Sie können zwischen der Beschulung an Schulen mit inklusivem Angebot – in Rheinland-Pfalz vornehmlich Schwerpunktschulen – und Förderschulen wählen. Letztendlich festgelegt wird die zu besuchende Schule aber durch die zuständige Schulbehörde. Das zeigt die Grenzen der Inklusion in unserem Schulsystem, ist aber im Hinblick auf viele organisatorische Grundfragen momentan noch eine Notwendigkeit. Die Inklusion wird langsam ausgebaut, und diese „progressive Realisierung“ ist eindeutig im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Jedoch ist bei der konkreten Umsetzung starker Handlungsbedarf zu erkennen. Die Zahl der inklusiv beschulten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt stetig. Im aktuellen Schuljahr liegt sie bei 27 %. Die angestrebte Quote für das Jahr 2016 liegt bei 40 %.

Die Einführung eines inklusiven Schulsystems durch das Schulgesetz und die progressive Umsetzung sind aus Sicht des VBE ein richtiger schulpolitischer Schritt, alle Kinder und Jugendlichen zu fördern. Doch das Problem ist nicht das Ziel, das Problem ist der Weg dorthin, sind die völlig unzureichenden Rahmenbedingen, sprich, die mehr als dürftigen Ressourcen. Diese Landesregierung muss sich Zynismus vorwerfen lassen, wenn sie diesen schweren Stein – die Schaffung eines inklusiven Schulsystems ohne Einschränkungen – mit 200 Stellen stemmen will. 200 Stellen, die weniger eingespart werden!

■ *Alexander Stepp*
stellv. VBE-Landesvorsitzender

VBE warnt vor Zerschlagung der Betreuenden Grundschule

Obwohl Betreuende Grundschulen in Rheinland-Pfalz beliebt sind, droht ihnen offensichtlich das Aus. Das ist zumindest aus den Bemühungen des Mainzer Bildungsministeriums herauszulesen, die Schulleiteranrechnungsstunden an Betreuenden Grundschulen schlichtweg zu halbieren. Damit wird nicht nur die Organisation einer Betreuenden Grundschule immer unattraktiver, auch die Kosten der Kommunen steigen (bei entsprechendem personellen Ersatz), und das flächendeckende Nachmittagsangebot schrumpft. Fast könnte man meinen, das Land wolle einen unliebsamen – alten – Konkurrenten zur GTS in Angebotsform ausschalten – zulasten der Kinder und Eltern.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Ende März wurde eine Dienstvereinbarung über die Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagement an Schulen und Studienseminaren (BEM) vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK) und den Hauptpersonalvertretungen für die staatlichen Lehrkräfte unterzeichnet. Daran haben die VBE-Stufenvertretungen mitgewirkt.
Das Betriebliche Eingliederungsmanagement beinhaltet Prävention, bietet Chancen für erkrankte und behinderte Beschäftigte und nimmt insbesondere die Arbeitsbedingungen in den Blick (Seite 14).

Die aktuelle Zahl: Rückläufiger Trend der Schülerzahlen setzt sich fort

Rund 11,1 Millionen Schülerinnen und Schüler werden im Schuljahr 2013/14 an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Angaben weiter mitteilt, entspricht dies einem Rückgang von 1,4 % im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr. Rheinland-Pfalz liegt mit 1,7 % über dem Bundesdurchschnitt auf Platz 4 dieses (negativen) Rankings.

Quelle: destatis 2014, Pressemitteilung 107

Motivation

Eine Internetplattform für Lehrer mit Tipps für eine bessere Motivation der Schüler hat die Vodafone-Stiftung zusammen mit Erziehungswissenschaftlern vom Forschungszentrum der Royal Society RSA London eingerichtet. Die neue Seite (http://www.lehrerdialog.net) solle bundesweit auch dem Erfahrungsaustausch unter Pädagogen dienen, sagte Stiftungsgeschäftsführer Mark Speich am 11. März in Berlin. Das Selbstbild eines Kindes habe deutliche Auswirkungen auf seinen schulischen Erfolg und könne durch richtige Ansprache und Hilfe verbessert werden.
(Lehrerplattform: http://dpaq.de/hadOU)

■ *dpa*

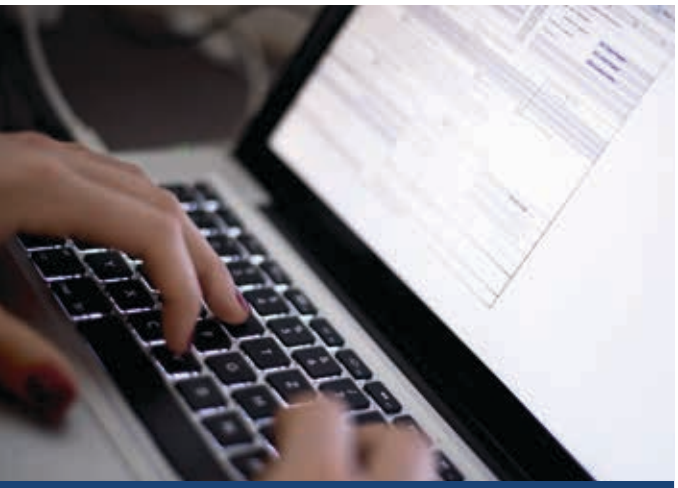
Betreuungsgeld 2013 nur wenig ausgezahlt

Das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kleinkinder ausschließlich zu Hause betreuen, ist nur schleppend angelaufen. In den ersten fünf Monaten wurde die als „Herdprämie“ kritisierte Leistung nur für 64.877 Kinder ausgezahlt, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 13. März berichtete. Die Anträge konnten seit dem 1. August 2013 gestellt werden. Das Betreuungsgeld war nach langem politischen Streit eingeführt worden. Eltern, die für ihre Kinder nach deren 15. Lebensmonat weder einen Kita-Platz noch eine geförderte Tagesmutter in Anspruch nehmen, können bis zu 22 Monate lang 100 Euro monatlich bekommen. Ab 1. August 2014 gibt es 150 Euro. Die jetzt veröffentlichten Zahlen des Bundesamtes umfassen bewilligte und ausgezahlte Leistungen bis 31. Dezember. Die meisten Leistungsbezieher gab es in Bayern (15.588), danach folgten Baden-Württemberg (14.622) und Nordrhein-Westfalen (13.242). In den gesamten neuen Ländern einschließlich Berlin bezogen lediglich 4.653 Eltern Betreuungsgeld. 95 Prozent der Bezieher waren Mütter, 79 Prozent verheiratet. Fast 78 Prozent haben den Antrag für die kompletten 22 Monate gestellt. Auch bei der Bezugsdauer zeichnete sich ein Ost-West-Unterschied ab: Sie war in den neuen Ländern mit 13,1 Monaten deutlich kürzer als im früheren Bundesgebiet (19,7 Monate). Ein halbes Jahr nach Einführung hatte eine Umfrage der „Passauer Neuen Presse“ ergeben, dass bundesweit mehr als 154.000 Anträge auf die Familienleistung vorlagen. Die „Bild“-Zeitung hatte Anfang Februar berichtet, die Nachfrage sei geringer als erwartet: 2013 habe der Bund dafür 16,9 Millionen Euro ausgegeben, im Haushalt seien 55 Mio. Euro eingeplant gewesen.
Internet: http://dpaq.de/WsWpZ

■ *dpa*

Ende des Streits um Geld für Inklusion gefordert

Bildungsexperten haben ein Ende des Streits um die Finanzierung der schulischen Inklusion in Deutschland gefordert. In ihrer Abschlusserklärung appellierten die 350 Teilnehmer eines zweitägigen UNESCO-Gipfels in Bonn im März an Bund, Länder und Kommunen, den Konflikt um die Kosten für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung konstruktiv zu lösen. Eine qualitativ hochwertige Lösung sei nur möglich, wenn es die sachliche, personelle und finanzielle Ausstattung dafür gebe. Auch klare rechtliche Vorgaben seien erforderlich, wurde am 19. März betont. Die Länder werden aufgefordert, gemeinsam mit den Schulträgern in den allgemeinen und berufsbildenden Schulen das Recht Behinderter auf inklusive Bildung zu verwirklichen – von der Barrierefreiheit bis zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrern. Gemeinsam mit der Bundesregierung, den Kommunen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sollten die Länder einen Aktionsplan zur Umsetzung von inklusiver Bildung entwickeln, verlangten die Experten. Auch fünf Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention bleibt die Umsetzung der Inklusion in Deutschland hinter den Erwartungen zurück. Es bedürfe noch erheblicher Anstrengungen, bis das deutsche Schulrecht die Vorgaben zum gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung hinreichend oder gar vollständig erfülle. So lautet der Tenor einer Studie der Monitoring-Stelle zur UN-Menschenrechtskonvention, die am 19. März auf der UNESCO-Tagung vorgestellt wurde. ■ *dpa*



Bildung schafft Kommunikation

Studie: In keinem der 16 Länder ein entwickelter Rechtsrahmen

Laut der Studie ist in keinem der 16 Bundesländer ein abschließend entwickelter rechtlicher Rahmen erkennbar, der den Aufbau und den Unterhalt eines inklusiven Bildungssystems hinreichend gewährleisten könnte. Lediglich Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hätten inzwischen die Weichen auf rechtlicher Ebene gestellt, sagte Institutsleiter Valentin Aichele. In Baden-Württemberg, Berlin, Schleswig-Holstein und Thüringen seien Gesetze in Arbeit oder aber für die nähere Zukunft angekündigt. Jetzt seien die Landesregierungen und die Landesparlamente gefordert, meinte Aichele. Ohne klare rechtliche Vorgabe könne es keine tatsächliche Umgestaltung der Schule im Sinne der Konvention und damit zur Veränderung hin zu einer inklusiven Gesellschaft geben. – Internet: Interview Ute Erdsiek-Rave in ‚unesco heute online': http://dpaq.de/jxpSo - Klaus Klemm in ‚unesco heute online': http://dpaq.de/CDYLs

■ *dpa*

Bildung schafft Veränderung

Elterngeld: Bis zu 28 Monate bei Teilzeitjob

Junge Eltern sollen künftig bis zu 28 Monate lang Elterngeld beziehen können, wenn sie nebenher Teilzeit arbeiten. „Wir wollen die Elternzeit flexibler gestalten. Die Lebenswelt von jungen Familien hat sich verändert", sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) am 21. März in Berlin, wo sie Eckpunkte für ein sogenanntes Elterngeld Plus vorstellte. Wenn Väter und Mütter Teilzeit arbeiten, sollen sie maximal die Hälfte des regulären Elterngelds bekommen. Also zum Beispiel 650 Euro über 24 Monate statt 1.300 Euro über 12 Monate ohne Erwerbstätigkeit. 2014 werden laut Schwesig 5,3 Milliarden Euro Elterngeld gezahlt. Die Regierung will so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Die das reguläre Elterngeld ergänzende Regelung soll ab Juli 2015 gelten und etwa 100 Millionen Euro zusätzlich kosten. Damit soll eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden: Wer bisher nach der Geburt eines Kindes Teilzeit arbeitet, bekommt nur fast die Hälfte an Elterngeld, mit der Neuregelung wäre es über bis zu 28 Monate genauso viel. Beim bisherigen Elterngeld gibt es für maximal 14 Monate – je nach Höhe des vorherigen Nettoverdienstes – zwischen 300 und 1.800 Euro monatlich. Sinn der Reform ist, dass Eltern mit einem Teilzeitjob länger Elterngeld beziehen können und so mehr Zeit für ihr Kind haben. Die 28 Monate müssen nicht am Stück genommen werden. Ein Beispiel: Wenn das Netto-Einkommen vor Geburt des Kindes 2.000 Euro beträgt, gibt es bisher 65 Prozent dieser Summe Elterngeld: das sind 1.300 Euro. Mit dem „Elterngeld Plus" können alternativ dazu bei einem Netto-Teilzeiteinkommen von 900 Euro über 24 Monate 650 Euro bezogen werden – plus Option auf vier weitere Monate, wenn Vater und Mutter für mindestens vier aufeinanderfolgende Monate gleichzeitig 25 bis 30 Stunden pro Woche erwerbstätig sind. Der Partnerschaftsbonus kann auch zwischen Vater und Mutter aufgeteilt werden. Die Elternzeit kann bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden. Auch bei Mehrlingsgeburten soll es eine Neuregelung geben. Das Bundessozialgericht hatte geurteilt, dass es zum Beispiel bei Zwillingen nicht einen einzigen Elterngeldanspruch gibt, sondern für jedes einzelne Kind einen Anspruch.

Internet:
– Koalitionsvertrag: http://dpaq.de/s3npW
– Infos zum Elterngeld: http://dpaq.de/qfhxv

■ *dpa*

Mainz sieht sich bestätigt bei Rückkehr zu G9 in Gymnasien

Angesichts des bundesweiten Trends zur Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium sieht sich Rot-Grün in Rheinland-Pfalz in seiner Schulpolitik bestätigt. Die bundesweit einmalige Regelung, nur wenige achtjährige Ganztagsgymnasien (G8) einzurichten, habe sich trotz vielfältiger Kritik als erfolgreich erwiesen, sagte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) am 27. März im Mainzer Landtag. Das auch von der Wirtschaft betonte Motto „Alles immer früher, alles immer schneller" sei an seine Grenzen gestoßen. Ahnen erklärte, dass sich in den 19 G8-Gymnasien im Land über den ganzen Tag hinweg Lern-, Übungs-, Entspannungs- und Sportphasen abwechselten. Zudem sei die Orientierungsstufe in den fünften und sechsten Klassen bei G8 und G9 identisch. Somit bleibe für Familien mehr Zeit für die Entscheidung, welcher Bildungsgang optimal sei. Die Zahl der G9-Gymnasien in Rheinland-Pfalz beläuft sich auf 130.

■ *dpa*

Neue Grundschulzeugnisse:

Jetzt Arbeitserleichterungen nutzen!

Mit der überarbeiteten Grundschulordnung sind auch die neuen Regelungen für die Grundschulzeugnisse eingeführt worden. Die Nutzung der neuen Könnensprofile ist ab dem kommenden Jahreszeugnis in den Klassenstufen 3 und 4 möglich.

Damit tritt endlich die Arbeitserleichterung ein, für die viele Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land – und auch der VBE Rheinland-Pfalz – lange gestritten und gekämpft haben.

Das Mainzer Bildungsministerium hat mittlerweile (empfehlende) Formulierungsvorschläge für schuleigene Könnensprofile in den Fächern Deutsch und Mathematik vorgelegt – spät, aber immerhin.

Der VBE Rheinland-Pfalz hat hierzu ergänzend Textbausteine und Formulierungsvorschläge erarbeitet für die Könnensprofile der übrigen Fächer

- Sachunterricht,
- evangelische Religion
- katholische Religion
- Ethik,
- Musik,
- Sport,
- Kunst.

Als Ergebnis liegt jetzt die überarbeitete und ergänzte Neuauflage der VBE-Schrift „Anregungen und Hilfen für die Arbeit in der Grundschule“ vor. Diese Neuauflage enthält umfassende Formulierungshilfen und Textbausteine für die Könnensprofile, die auf der Grundlage der Rahmenpläne entstanden sind. Auch die beigefügte CD wurde um die neuen Textbausteine ergänzt, sodass diese einfach in einer Textverarbeitung eingesetzt werden können.

Mit dieser Publikation liegt dann ein praxisorientiertes Unterstützungsmedium zur Vorbereitung und Gestaltung der neuen Grundschulzeugnisse vor. Bestellungen werden (falls noch nicht geschehen) von der VBE-Landesgeschäftsstelle online (www.vbe-rp.de; VBE-Bestellservice, Nr. 14), per E-Mail, Fax oder telefonisch entgegengenommen. VBE-Mitglieder erhalten ihr Exemplar wie immer kostenfrei auf Anfrage.

Darüber hinaus arbeitet der VBE mit den Entwicklern von Zeugnisprogrammen zusammen, um den Einsatz der Könnensprofile auch über die EDV zu optimieren.

Außerdem veranstaltet der VBE Rheinland-Pfalz über seine Kreisverbände regionale Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zur Erstellung der neuen Grundschulzeugnisse mit Könnensprofilen. Näheres dazu (Termine, Orte) wird auf der VBE-Website www.vbe-rp.de veröffentlicht bzw. befindet sich auf Seite 23 dieser RpS-Ausgabe.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich landesweit für die Neuregelungen der Grundschulzeugnisse eingesetzt. Der VBE empfiehlt deshalb nachdrücklich, die neuen Möglichkeiten, die die überarbeitete Grundschulordnung bei den Zeugnissen bietet, jetzt auch zu nutzen und die erkämpften Erleichterungen nicht zu ignorieren.

■ *br*

Rechtzeitig vor den Zeugnissen

völlig überarbeitete und ergänzte Auflage
Mainz, im April 2014

136 Seiten, DIN A5, Ringösenheftung mit CD
Herausgeber: VBE Bildungs-Service GmbH
€ 4,80 pro Stück (zzgl. Porto und Verpackung)

Bestellungen an die
VBE-Landesgeschäftsstelle
Postfach 4207 ▪ 55032 Mainz
Fon 06131 616422 ▪ Fax 06131 616425
info@vbe-rp.de ▪ www.vbe-rp.de

VBE-Mitglieder erhalten auf Anforderung wie gewohnt ihr Exemplar kostenlos.
Mitteilung an die VBE-Landesgeschäftsstelle genügt!

dbb Rheinland-Pfalz vor neuen Herausforderungen

Grundsätzlich positiv bewertet der *dbb* Rheinland-Pfalz das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen (TVöD). Nach anfänglicher Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite und massiven Warnstreikaktionen der Arbeitnehmerseite konnte eine Einigung erreicht werden, die aus Sicht des *dbb* rheinland-Pfalz akzeptabel ist.

Insgesamt kämen die Tarifbeschäftigten beim Bund und in den Kommunen auf einen ordentlichen Zuwachsumfang, der gemessen an der Inflationsrate und angesichts der kommunalen Finanzlage einen tragbaren Kompromiss darstelle, sagte dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz.

Der Mindestbetrag bei der Entgeltanpassung zugunsten der Arbeitnehmer in den unteren Entgeltgruppen (soziale Komponente) sei im Ergebnis das Äußerste gewesen, was angesichts der strikten Arbeitgeberablehnung eines Sockelbetrages auf die Entgelte zu erreichen war, so Lilli Lenz weiter. „Die überproportionale Entgelterhöhung für Azubis ist auch ein guter Erfolg."

Klar ist für den dbb-Landesbund, dass die Tarifeinigung den Druck auf den Besoldungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz massiv erhöht, die unsägliche „5 x 1 %"-Deckelung von Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten 2012 bis 2016 endlich zurückzunehmen. „Man sieht doch, was andere öffentliche Arbeitgeber als faire, angemessene Bezahlung einstufen. Da sind die Beamten und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz längst abgekoppelt. Das halten wir für rechtswidrig und fordern, „nicht zu warten, bis Gerichte dies tun!"

So sieht der Potsdamer Tarifkompromiss zwischen Gewerkschaften, Bundesinnenminister und kommunalen Arbeitgebern aus:

- 3 % lineare Erhöhung auf die Werte der Entgelttabelle, mindestens aber 90,00 EUR ab dem 01. März 2014,
- weitere 2,4 % lineare Erhöhung ab dem 01. März 2015,
- 30 Tage Erholungsurlaub pro Jahr (Auszubildende: 28 Tage) ab diesem Jahr,
- Erhöhung der Auszubildendenentgelte um monatlich 60,00 EUR,
- Laufzeit 24 Monate.

Landesgewerkschaftstag des *dbb* Rheinland-Pfalz am 06./07. Mai 2014 in Mainz

Lili Lenz tritt wieder als Landesvorsitzende an

Anfang Mai findet der nächste Landesgewerkschaftstag des *dbb* in Mainz statt. Dabei wird die Besoldungspolitik der Landesregierung zwangsläufig im Mittelpunkt der Beratungen und Debatten stehen. Da auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer ihr Kommen angekündigt hat, dürfte es bei diesem für alle Beamtinnen und Beamten des Landes wichtigen Thema interessant werden. Allein mit einem Rückzug auf den Sparzwang dank Schuldenbremse wird man sich seitens der Landesregierung nicht begnügen können, immerhin geht es mittlerweile um eine Verfassungsfrage. Und das strahlt über die Landesgrenzen hinaus.

Die Delegierten des *dbb* wählen auch ihre Führung neu. Dabei stellt sich Lilli Lenz, die seit 2010 dieses Spitzenamt innehat, wiederum als Landesvorsitzende zur Wahl. Auch der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Bold, seit 2010 *dbb*-Vize, bewirbt sich erneut um sein Amt, und zwar für die Funktion des stellvertretenden Landesvorsitzenden für die Interessen der Tarifangehörigen.

Auch im Organisationsbereich des dbb schlagen sich die Folgen der Bevölkerungsentwicklung nieder. Die Zahl potenzieller Mitglieder schrumpft, und bei der Vielzahl unterschiedlicher (Fach-)Gewerkschaften kommt es dann schnell zu Konkurrenzsituationen, sprich: zum Fischen in fremden Gewässern.

Das geschieht bereits u. a. im Bereich der Lehrerorganisationen, wenn ganz gezielt um Mitglieder anderer Lehrämter als bisher geworben wird (vgl. hierzu auch den Beitrag von Jürgen Oelkers auf den Seiten 8 bis 10). Ob dies den *dbb* als Dachorganisation für eine Vielzahl von Organisationen stärkt, muss sicher diskutiert werden. Allerdings wird dies wohl kaum im Rahmen des dbb-Landesgewerkschaftstages 2014 sein. Damit dürfte diese zentrale organisationspolitische Frage eine Herausforderung für die kommenden Jahre bleiben.

■ *br*

Schulreformen wollen Bildungsangebote neu gestalten. Unterricht wird mit dem Wandel der gesellschaftlichen Gegebenheiten synchronisiert. Zuweilen geschieht mehr. Dann ändern sich sogar Name und Selbstverständnis althergebrachter pädagogischer Berufsvertretungen und Verbände. So geschehen jetzt in Rheinland-Pfalz, wo aus einer Lobby der Realschullehrerinnen und Realschullehrer eine Vertretung für „reale Bildung" zu werden scheint. Geschieht da mehr als ein Schilderwechsel?

Bildung oder reale Bildung?

Realschullehrerinnen und Realschullehrer haben bislang eine pädagogische Profession eigener Art gebildet. Daraus ist auch eine eigenständige Berufsvertretung entstanden.

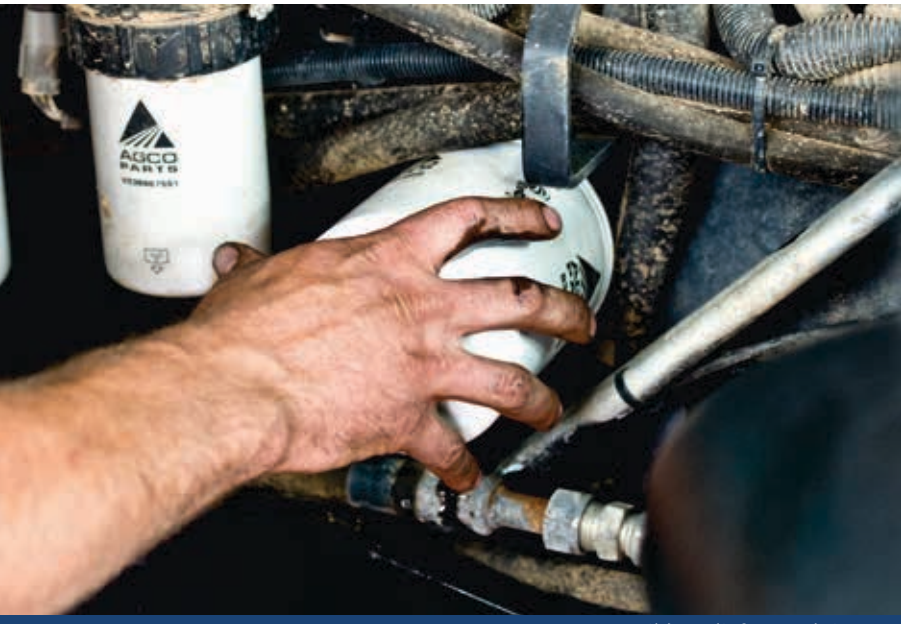
Realschulen waren jahrzehntelang die mittlere Schulart zwischen der Volksschule und dem Gymnasium, was meistens mit einer Theorie der Begabung verbunden worden ist. Wer eine Realschule besuchte, sollte für mittlere Kader und bestimmte Industrieberufe vorbereitet werden, wofür eine besondere Eignung angenommen wurde.

Die reale Entwicklung der Schulstruktur in Deutschland bedroht die Eigenständigkeit von Realschulen von zwei Seiten. Einerseits wachsen die Gymnasien, ohne sich noch auf eine besondere Begabungstheorie berufen zu können, und andererseits verschwinden die Volksschulen, sodass sich die Realschulen nicht länger abgrenzen können. Zu erwarten ist, dass neben dem Gymnasium eine zweite Schulart bundesweit entsteht, die organisatorisch und curricular einfach fusioniert, was zuvor „Volks- und Realschule" genannt wurde.

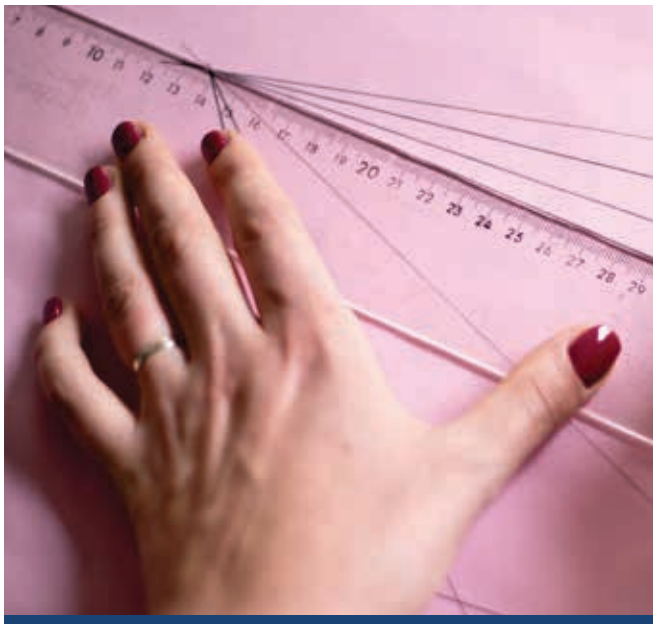
„Reale" oder „realistische" Bildung war im 19. und frühen 20. Jahrhundert ein Kampfbegriff, der sich vor allem gegen die philologische Ausrichtung des Gymnasiums gerichtet hat. Die Orientierung allein an alten Sprachen kam schon im frühen 19. Jahrhundert in Verdacht, weder auf die Universität noch auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Daher entstanden auf breiter Basis sogenannte „Bürgerschulen" oder auch „Realschulen", die sich an den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Industriegesellschaft orientieren sollten.

Eine einheitliche Schulart entstand aber erst nach dem 2. Weltkrieg. Zuvor wurden zahllose Modelle ausprobiert, die unterschiedliche Bezeichnungen trugen und immer gegen das angeblich so lebensferne Gymnasium gerichtet waren. Tatsächlich haben die Realschulen zunächst einfach von der scharfen Selektivität des Gymnasiums profitiert, ohne wirklich von der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler auszugehen oder praktisch nützliche Bildung zu vermitteln. Anders wäre die Abgrenzung zur Volksschule auch gar nicht möglich gewesen.

Was bedeutet es nun, dass es einen Verband gibt, der „reale Bildung" auf seine Fahnen geschrieben hat? Jedes Gymnasium heute kennt Projektarbeit, vermittelt Praktika der verschiedensten Art und muss sich hin zur Lebenswelt öffnen, was sich auch im curricularen Angebot niederschlägt. Davon lässt sich kaum „reale Bildung" un-



Bildung liefert Funktionen



terscheiden, und schon gar nicht im Blick auf eine besondere Schulart. Die großen Trends der Schulreform in Deutschland, Ganztagschulen, Bildungslandschaften, Inklusion und Outputsteuerung, wirken sich auf alle Schulen unabhängig von der noch gegebenen Schulart aus.

Auf der anderen Seite sind die Ansätze zur Unterrichtsreform, die heute abzusehen sind, auch nicht auf bestimmte Schularten zu beziehen. Das „Reale“ der schulischen Bildung hat sich immer den Vorgaben der Schulorganisation angepasst. Die Arbeitsschulbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts hat sich stark auf praktische im Sinne von handwerklichen Tätigkeiten bezogen, aber daraus wurde, wenn überhaupt, dann ein eigenes Schulfach, nämlich Handarbeitsunterricht, das quer zu den Schularten Verbreitung gefunden hat.

Auch die heutigen Methoden zur Aktivierung der Schülerinnen und Schüler, die historisch auf die Projektmethode zurückzuführen sind, finden ihre Grenze nicht oder nicht länger in der Schulart. Der „fragend entwickelnde“ Unterricht hat im Übrigen lange die Lernkultur der Realschulen bestimmt, weil keine Alternative vorhanden war, bestimmte Niveauansprüche umzusetzen. Die Volksschule galt ja als das Mekka des Arbeitsunterrichts, während heute Methoden nach ihrer Wirksamkeit und ihren Zielansprüchen eingesetzt werden.

„Reale Bildung“ ist in diesem Sinne ein Reflex auf die bedrohte Schulart, aber nicht ein Alleinstellungsmerkmal. Es gibt vermutlich kein Gymnasium in Deutschland und erst recht keine Gesamtschule, die nicht eine „vielseitige und ganzheitliche Bildung“ auf ihre Fahnen geschrieben hätte. Bildungspolitisch geht es um etwas ganz anderes, nämlich ein zweiter Weg zum Abitur und damit verbunden berufsbildende Abschlüsse, für die Gymnasien bis heute nicht sorgen können. Insofern ist die zweite Säule im Vorteil, weil sie die Einbahnstraße zum Abitur vermeiden kann. Man kann vermuten, dass dieses Kalkül hinter der Umbenennung steht.

Die pädagogische Rhetorik erlaubt allerdings viele Sprachspiele, die eine Besonderheit zu bezeichnen scheinen, die bei Lichte gar nicht gegeben ist. Auch die Unterschiede werden damit künstlich vergrößert, was umso mehr naheliegt, als die klassische dreiteilige Begabungstheorie kaum noch Anhänger hat. Historisch sorgte diese Theorie einfach nur für die Sortierung der Schülerinnen und Schüler, die spätestens mit der Freistellung der Elternwahl aufgegeben werden musste. Allein deswegen hat sich die Schulstruktur geändert, wobei wenig bedacht worden ist, welche symbolhafte Bedeutung das Abitur bei Elternwahlen hat.

Historisch neu ist die absehbare Zweigliedrigkeit des Bildungssystems in Deutschland. Auch Gymnasien werden sich Anliegen der Inklusion nicht entziehen können, auch weil hierüber weitgehend gesellschaftlicher Konsens herrscht. Auf der anderen Seite ist das Monopol der Gymnasien gebrochen worden, weil verschiedene Wege zum Abitur führen können. Im Zuge der Durchlässigkeit ist dies auch zu begrüßen. In der Folge erwächst den deutschen Gymnasien zum ersten Mal in ihrer Geschichte wirksame Konkurrenz.

Bildung gestaltet

Bildung eröffnet kulturelle Wege

Man sieht das auch daran, dass Gymnasien nach wie vor bildungstheoretische Legitimation verfolgen, ihr Abschluss aber auch mit ganz anderen Lernprogrammen erreicht werden kann, soweit diese den staatlichen Vorgaben entsprechen. „Bildung“ hat aber in der deutschen Öffentlichkeit einen geradezu magischen Klang, wenn es mit Abitur und Gymnasium assoziiert wird. Die Diskussion um das „Turboabitur“ zeigt auch, wie sehr die Erwartung eines neunjährigen, in sich geschlossenen Lehrgangs die gesellschaftlichen Erwartungen bestimmt, obwohl inzwischen Daten vorliegen, dass die Schüler keineswegs unter unmöglichem Stress gelitten haben. Wie es zu erwarten war, haben sie sich den neuen Vorgaben angepasst und auf ihre Weise reagiert. Das fehlende 9. Schuljahr wurde in vielen Fällen einfach zum Jahr der Selbstfindung – nach dem Abitur.

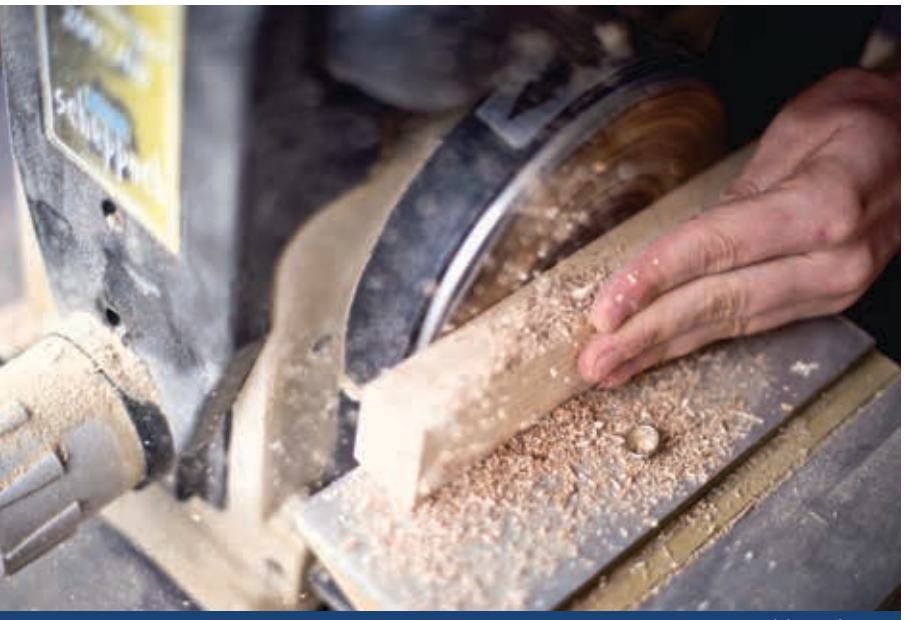
Aber die Gymnasialkultur ist in Deutschland fest verankert, sodass auf der anderen Seite das Problem besteht, wie sich Schularten gegen das Gymnasium oder in Abgrenzung zu ihm profilieren können. Genau das ist in den Gesamtschulen zu beobachten, die offenbar eine besondere Gruppe von Eltern anzieht und zunehmend Nachfrage erlebt. Eltern reagieren pragmatisch, wenn das Abitur in Reichweite ist, sollen ihre Kinder es erwerben, aber es ist ein Vorteil, wenn zuvor andere Abschlüsse zur Verfügung stehen.

Das ist realistisch und nimmt auch auf die Kinder insoweit Rücksicht, als die gymnasiale Lernkultur nicht das zwingende Muss darstellt. Man kann erwarten, dass diese Verlagerung von Schülerströmen auch die Selektivität der Gymnasien tangieren wird. Die Nachfrage wird sich einfach verteilen. Das Abitur behält seinen gesellschaftlichen Rang, aber es ist nicht mehr an eine bestimmte Schulart gebunden. Mehr Eltern als zuvor wählen bewusst den Weg zum Abitur oder zu einem anderen Abschluss, den sie für ihr Kind als geeignet ansehen.

In diesem Sinne macht „reale Bildung“ durchaus Sinn als Teilangebot in einem größeren schulischen Rahmen. Damit kann eine Station beschrieben werden vor dem Abitur, aber nicht im Sinne einer ausschließenden Qualifikation. Die These der zunehmenden Durchlässigkeit zeigt sich auch an dieser Stelle.

Die Frage ist da nur, was aus einem Verband wird, der seine spezielle Profession verliert.

■ *Prof. Dr. Jürgen Oelkers*
Universität Zürich
oelkers@ife.uzh.ch



Bildung formt

Bildung macht satt

Nach der Wahl ist eben doch nicht vor der Wahl:

DER GROSSE BESCHISS

– Ein Erfahrungsbericht –

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Jochen Hartloff, MdL
Vorsitzender

Interessengemeinschaft der
Hauptschullehrer an der
Regionalen Schule Nentershausen
Herrn Vorsitzenden
Holger Rindsfüßer
Hauptstraße 105
56182 Urbar

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Telefon: (0 61 31) 208 32 25/26
Telefax: (0 61 31) 208 42 25

Ihr(e) Ansprechpartner(in) für Rückfragen

Johannes Klomann
☎ 0 61 31 / 208 32 11
Fax: 0 61 31 / 208 42 08
16.12.08 – JK0139/mz

Sehr geehrter Herr Rindsfüßer,

vielen Dank für Ihren Brief, in dem Sie auf die Besoldung der Lehrkräfte in der künftigen Realschule plus sowie auf die von Ihnen genannte Homepage hinweisen.

In der Tat sollen nach Inkrafttreten des gerade beschlossenen Gesetzes die Schulleitungen der künftigen Realschule plus so besoldet werden, wie zurzeit die Schulleitungen der Realschulen in herkömmlicher Form. Ihre Kritik an einer nach Hauptschullehrkräften und Realschullehrkräften auch weiterhin unterscheidenden Besoldung der künftigen Realschule plus- Lehrkräfte kann ich nachvollziehen. Bitte haben Sie jedoch Verständnis dafür, dass ich Ihnen eine kurzfristige Änderung dieser Regelungen nicht in Aussicht stellen kann. Wir würden hier über Millionenbeträge sprechen, deren Bereitstellung aufgrund der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen sowie der Investitionen in andere Bereiche der Bildungsangebote in unserem Land nur schwer gelingen würde.

Das soll die Notwendigkeit, Verbesserungen bei der Besoldungsgerechtigkeit im Schulsystem zu erreichen, nicht in Abrede stellen. Ich versichere Ihnen, dass wir uns auch unter pädagogischen Gesichtpunkten zu gegebenem Zeitpunkt mit der Frage nach der Zukunft der Ausbildung und somit auch der Besoldung der Lehrkräfte an Realschulen plus auseinander setzen werden. Wir werden dabei auch den von Ihnen vorgeschlagenen „ersten Schritt" prüfen. Bis dahin jedoch bitte ich um Geduld, damit wir die vor uns stehenden, noch neuen Reformen, d. h. die Schulstrukturreform, aber auch die Reform der Lehrerbildung, mit der notwendigen Sorgfalt implementieren können. Aber seien Sie versichert, dass die Behandlung dieser Frage, wie so viele andere berechtigte Fragen auch, auf der Aufgabenliste unserer Fraktion steht.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Hartloff, MdL

E-Mail: jochen.hartloff@spd-landtag-rlp.de • Internet: www.spdfraktion-rlp.de

SPD

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Landesvorstand

Walpodenstraße 5
55116 Mainz
Fon (0 61 31) 23 18 48
Fax (0 61 31) 23 18 49

Mail
Giuseppe.lipani@gruene-rlp.de

31. Januar 2011

IG Hauptschullehrer
H. Rindsfüßer
Hauptstraße 105
56182 Urbar

Ihr Schreiben vom 5. Januar 2011

Sehr geehrter Herr Rindsfüßer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Januar 2011 anlässlich der Landtagswahl am 27. März 2011.

Am 5. Dezember 2010 hat unser Landesparteitag das Wahlprogramm zur Landtagswahl beschlossen. Darin haben wir uns auch mit der von Ihnen geschilderten Situation befasst.

Wir meinen, dass Rheinland-Pfalz die besten Lehrerinnen und Lehrer benötigt und dass wir es uns daher nicht leisten dürfen, die bestehende Ungerechtigkeit in Sachen Bezahlung hinzunehmen.

Daher können wir Ihnen bereits heute versichern, dass wir uns – unabhängig ob in Regierung oder Opposition – vehement dafür einsetzen werden, den Grundsatz des gleichen Lohnes für gleichwertige Arbeit auch bei der Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern zu implementieren.

Vielleicht sind Sie auch an unseren weiteren bildungspolitischen Vorhaben interessiert. Sie finden unser Landtagswahlprogramm unter folgendem Link:

http://www.gruene-rlp.de/uploads/RP/lv_rlp/pdf/gruene_dokumente/LTWProgramm2011.pdf

Sollten Sie Rückfragen haben, stehen wir Ihnen gerne weiterhin zur Verfügung.

Wir bedanken uns für Ihre Bemühungen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Eveline Lemke
Landesvorstandssprecherin

Daniel Köbler
Landesvorstandssprecher

Britta Steck
Landesschatzmeisterin

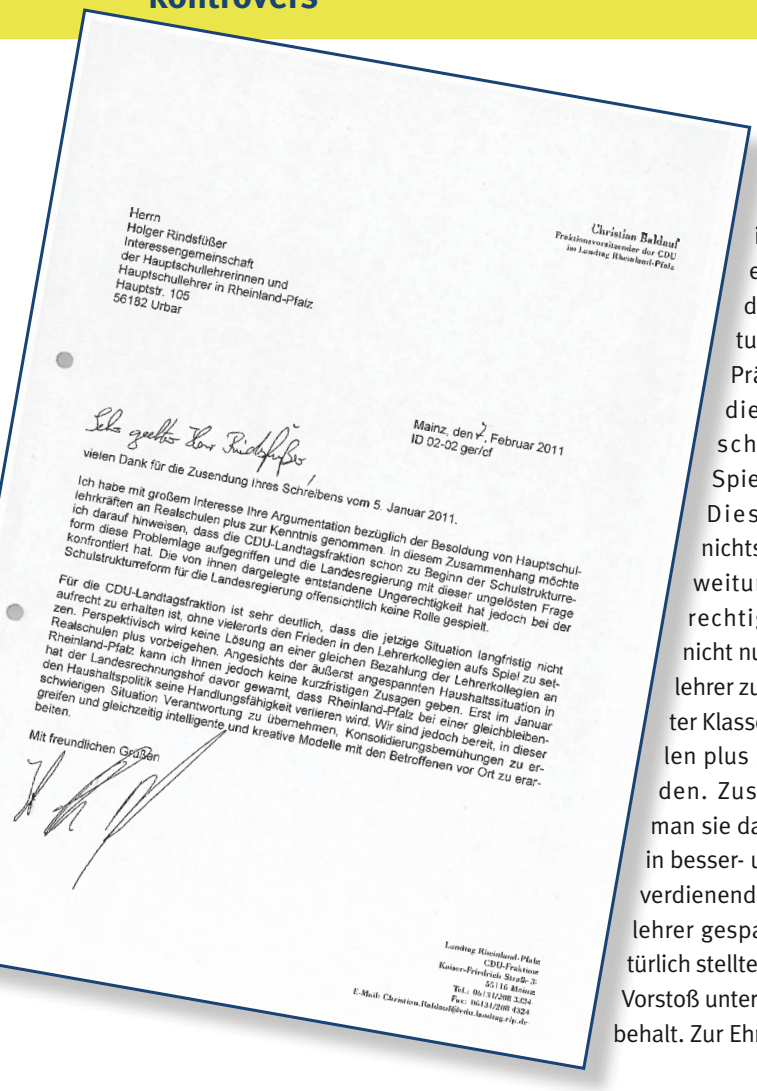
Ich bin Hauptschullehrer. Ich arbeite an einer Realschule plus in Nentershausen im Westerwald. Und ich fühle mich von meinem Dienstherrn, der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz, restlos verschaukelt!

Anstelle der Wertschätzung und des hohen Ansehens, welches meine Kollegen und ich angeblich im Mainzer Bildungsministerium genießen, spüren wir nur die kalte Ablehnung einer in anderer Hinsicht verschwenderischen Regierung, die den politischen Willen, uns Hauptschullehrer für unsere sowohl gleichartige als auch gleichwertige Arbeit in gleicher Höhe wie unsere Realschulkollegen zu bezahlen, entweder im Eifer des rot-grünen Gefechts verloren oder ihn eben nie besessen hat. Das macht uns wütend! Das trifft uns ins Mark! Das nagt an unserer Motivation!
Was können wir von dieser Regierung eigentlich noch erwarten? Leider nichts! Oder – wie im Frühjahr 2011 vor der letzten Landtagswahl geschehen – nur den GROSSEN BESCHISS?

Noch als Vorstände der inzwischen aufgelösten Interessengemeinschaft der Hauptschullehrer in Rheinland-Pfalz (IGHL) schrieben meine Kollegen und ich seinerzeit alle Fraktionen im damaligen Landtag an, um sie aufzufordern, sich klar und unmissverständlich zur Frage der Besoldungsgerechtigkeit an den Realschulen plus zu positionieren.

Die Antworten der Parteien zeigten allesamt Sympathien für die Sache der Gerechtigkeit, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Jedoch ließen drei der vier Politiker sich jeweils ein Hintertürchen offen, durch das sie im Notfall still und leise den Rückzug antreten könnten. Soweit nichts Unerwartetes. Schließlich musste uns von Anfang an klar sein, dass wir im Wahlkampf in der Regel keine klaren, unzweideutigen Antworten auf unsere Frage würden erwarten können.

Entsprechend blass fiel die Antwort Herbert Mertins (FDP)



Christian Baldauf
Fraktionsvorsitzender der CDU
im Landtag Rheinland-Pfalz

Herrn
Holger Rindsfüßer
Interessengemeinschaft
der Hauptschullehrerinnen und
Hauptschullehrer in Rheinland-Pfalz
Hauptstr. 105
56182 Urbar

Mainz, den 7. Februar 2011
ID 02-02 ger/cf

Lieber Herr Rindsfüßer,

vielen Dank für die Zusendung Ihres Schreibens vom 5. Januar 2011.

Ich habe mit großem Interesse Ihre Argumentation bezüglich der Besoldung von Hauptschullehrkräften an Realschulen plus zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die CDU-Landtagsfraktion schon zu Beginn der Schulstrukturreform diese Problemlage aufgegriffen und die Landesregierung mit dieser ungelösten Frage konfrontiert hat. Die von ihnen dargelegte entstandene Ungerechtigkeit hat jedoch bei der Schulstrukturreform für die Landesregierung offensichtlich keine Rolle gespielt.

Für die CDU-Landtagsfraktion ist sehr deutlich, dass die jetzige Situation langfristig nicht aufrecht zu erhalten ist, ohne vielerorts den Frieden in den Lehrerkollegien aufs Spiel zu setzen. Perspektivisch wird keine Lösung an einer gleichen Bezahlung der Lehrerkollegien an Realschulen plus vorbeigehen. Angesichts der äußerst angespannten Haushaltssituation in Rheinland-Pfalz kann ich Ihnen jedoch keine kurzfristigen Zusagen geben. Erst im Januar hat der Landesrechnungshof davor gewarnt, dass Rheinland-Pfalz bei einer gleichbleibenden Haushaltspolitik seine Handlungsfähigkeit verlieren wird. Wir sind jedoch bereit, in dieser schwierigen Situation Verantwortung zu übernehmen, Konsolidierungsbemühungen zu ergreifen und gleichzeitig intelligente und kreative Modelle mit den Betroffenen vor Ort zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Landtag Rheinland-Pfalz
CDU-Fraktion
Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Tel.: 06131/208 3324
Fax: 06131/208 4324
E-Mail: Christian.Baldauf@cdu.landtag-rlp.de

aus, der sich in Worthülsen erging, um dann eine leistungsabhängige Prämie für „verdiente“ Hauptschullehrer ins Spiel zu bringen. Dies aber wäre nichts als eine Ausweitung der Ungerechtigkeit, indem nicht nur Hauptschullehrer zu Lehrern zweiter Klasse an Realschulen plus gemacht würden. Zusätzlich hätte man sie dann auch noch in besser- und schlechter verdienende Hauptschullehrer gespalten. Und natürlich stellte Mertin seinen Vorstoß unter Haushaltsvorbehalt. Zur Ehrenrettung der FDP könnte man anführen, dass der neue Landesvorsitzende der FDP, Volker Wissing, neulich verlauten ließ, dass seine Partei sich nun hinter die Forderung der Hauptschullehrer nach gleicher Bezahlung stellen will. Diesbezügliche erkennbare Schritte der derzeit außerparlamentarischen FDP hat es jedoch noch nicht gegeben.

Christian Baldauf (CDU) betonte in seinem Antwortschreiben, keine Lösung werde „an einer gleichen Bezahlung der Lehrerkollegien an Realschulen plus vorbeigehen“. Allerdings wies auch er auf die angespannte Haushaltslage hin und wollte keine Garantien für seine Aussage geben. Zwar zeigte er sich willens, trotz der Konsolidierungen „intelligente und kreative Modelle mit den Betroffenen vor Ort zu erarbeiten“, jedoch ist diese Aussage schlicht zu schwammig, um zu tragen.

Sicher ohne jede Überraschung war die Antwort von Jochen Hartloff (SPD). Er könne unsere „Kritik an einer nach Hauptschullehrkräften und Realschullehrkräften auch weiterhin unterscheidenden Besoldung der künftigen Realschule-plus-Lehrkräfte“ nachvollziehen. Allerdings bat er um Verständnis dafür, dass er keine „kurzfristige Änderung dieser Regel“ in Aussicht habe stellen können, da diese Millionenbeträge kosten würde, die bei Investitionen in an-

Debeka Versichern und Bausparen Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge. Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

anders als andere

Debeka-Geschäftsstellen in Rheinland-Pfalz

Bad Kreuznach	(0671) 83801-0
Hachenburg	(02662) 94864-0
Kaiserslautern	(0631) 84007-0
Koblenz	(0261) 9117-0
Landau	(06341) 99465-0
Ludwigshafen	(0621) 59903-0
Mainz	(06131) 27076-0
Mayen	(02651) 9668-0
Neustadt	(06321) 92743-0
Neuwied	(02631) 8709-0
Pirmasens	(06331) 60865-0
Simmern	(06761) 964443-0
Trier	(0651) 97502-0
Worms	(06241) 30776-0

www.debeka.de

Debeka

dere Bereiche des Bildungsangebotes fehlen würden.

Unverschämt erscheint der versteckte Vorwurf, wer eine gerechte Bezahlung fordere, gefährde das Bildungssystem und somit die Bildung selbst, da er Mittel für sich beanspruche, die andernfalls in Bildungseinrichtungen und Lehrinventar investiert würden.
Auch das Versprechen, sich „zu gegebenem Zeitpunkt mit der Frage nach der Zukunft der Ausbildung und somit auch der Besoldung der Lehrkräfte an Realschulen plus“ auseinanderzusetzen, klang damals – und klingt immer noch – hohl. Bislang ist nichts passiert. Selbst die Wechselprüfung in den Laufbahnzweig der Lehrkräfte an Realschulen plus, die schon lange überfällig ist und zu deren unverzüglicher Implementierung das Land unlängst durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz aufgefordert wurde, lässt weiterhin auf sich warten. Bisher erschöpfen sich die Anstrengungen der Landesregierung eher darin, jeden Strohhalm zu ergreifen, um Hauptschullehrern eine gerechte Besoldung auch weiterhin verwehren zu können.

Kurzum, bis dahin hatten sich die Antworten in Wahlkampfgetöse ohne viel Substanz erschöpft. Doch dann kam Leben in die Sache – und setzte der politischen Schmierenkomödie noch die Krone auf. Sehr zu unserer Freude schrieb uns Eveline Lemke von den Grünen:

„Wir meinen, dass Rheinland-Pfalz die besten Lehrerinnen und Lehrer benötigt und dass wir es uns daher nicht leisten dürfen, die bestehende Ungerechtigkeit in Sachen Bezahlung hinzunehmen.

Daher können wir Ihnen bereits heute versichern, dass wir uns – unabhängig ob in Regierung oder Opposition – vehement dafür einsetzen werden, den Grundsatz des gleichen Lohnes für gleichwertige Arbeit auch bei der Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern zu implementieren.“

Doch anders als im Fußball ist eben nach der Wahl nicht unbedingt vor der Wahl, und gesagt ist nicht unbedingt getan. Nach der Wahl opferten die Grünen nämlich postwendend ihren Idealismus, alle uns gegebenen Versprechen und damit auch ihre Glaubwürdigkeit auf dem Altar der Koalitionsräson. Vergessen – als hätten sie nie existiert – waren die Aussagen des Landesvorstands der Partei.

Als wir Ruth Ratter, bildungspolitische Sprecherin der Grünen, im Juni 2011 dazu befragten, gab sie vor, nichts von dieser Korrespondenz zu wissen. Ich schickte sie ihr per E-Mail. Daraufhin hatten wir zwar ein freundliches Gespräch, jedoch ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Vielmehr bezog sie mit ihrem Vorschlag der Zuschläge für Hauptschullehrer, die einen gewissen Fortbildungsgrad vorweisen können, nur eine Spielart einer mittlerweile selbst von der FDP verworfenen Position.

Hatte man uns also dreist belogen? Weitere Gespräche und auch ein von den Grünen vorgeschlagener Besuch an unserer Schule erübrigten sich. Wir waren auf gut Deutsch politisch beschissen worden.

Das macht wütend! Das trifft! Das nagt! Bis heute!

■ *Frank Handstein*
f.handstein@vbe-rp.de

Herbert Mertin MdL
Spitzenkandidat der FDP Rheinland-Pfalz
Staatsminister a.D.
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz

Interessensgemeinschaft der
Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer
Herrn Vorsitzenden
Holger Rindsfüßer
Hauptstraße 105
56182 Urbar

26. Januar 2011

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Sehr geehrter Herr Rindsfüßer,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Januar diesen Jahres, das Sie unserer Landesgeschäftsstelle haben zukommen lassen und dem damit verbundenen Interesse an den Positionen der FDP im Vorfeld der Landtagswahl 2011. Ich erlaube mir, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen auf Ihre Frage im Folgenden einzugehen, zunächst allerdings grundsätzlich.

Die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen sind maßgeblich für die Ergebnisse des Bildungs- und Erziehungswesens. Diese überragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe verlangt nicht nur Respekt und Würdigung, sondern es müssen vielmehr auch Anreize geschaffen werden, um leistungswilligen und pädagogisch befähigten Personen den Weg in den Schuldienst attraktiv zu machen. Die Besoldung muss sich dabei an Qualifikation und Leistung orientieren. Eine Einheitsbesoldung lehnen wir ab. Stattdessen gehören Leistungsprämien in unseren Augen zu einem erfolgsorientierten System, damit erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer über ein Leistungsprämiensystem weitere Anerkennung erhalten.

Nach unserer Auffassung hängt die Attraktivität eines Berufsbildes eng mit der Möglichkeit zusammen, das Umfeld gestalten zu können. Die FDP strebt in diesem Zusammenhang weiterhin eine echte Eigenverantwortlichkeit für die Schulen im Land an.

Die Umsetzung einer „echten“ Eigenverantwortung von Schulen bedeutet einen fundamentalen Systemwechsel im Schulsystem. Zukünftig gilt: Die eigenverantwortliche Schule vermag am besten zu beurteilen, wie sie ihren Bildungsauftrag erfüllen kann und sie ist deshalb primär auch dafür verantwortlich.

Vor dem Hintergrund der Schulstrukturreform empfindet selbstverständlich auch die FDP einen Zustand als ungerecht, bei dem in Realschulen plus Haupt- und Realschullehrer für ihre gleichwertige Tätigkeit unterschiedlich entlohnt werden. In diesem Zusammenhang bedauern wir, dass sich die Landesregierung bisher nicht in der Lage sah, einen Regelungsvorschlag zu unterbreiten, der diese Problematik aufgreift.

Neben den Gerechtigkeitsaspekten muss selbstverständlich auch die angespannte Haushaltssituation bei einer Änderung der gesetzlichen Regelung Berücksichtigung finden. Grundsätzlich spricht sich die FDP dafür aus, Fragen der Besoldung unter Wahrung der Gesichtspunkte von Qualifikation und Leistung zu regeln

Ich darf Ihnen abschließend versichern, dass Sie auch künftig einen verlässlichen Ansprechpartner in der rheinland-pfälzischen FDP finden werden und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Herbert Mertin MdL
Fraktionsvorsitzender

Betriebliches Eingliederungsmanagement an Schulen und Studienseminaren:

Neue Dienstvereinbarung

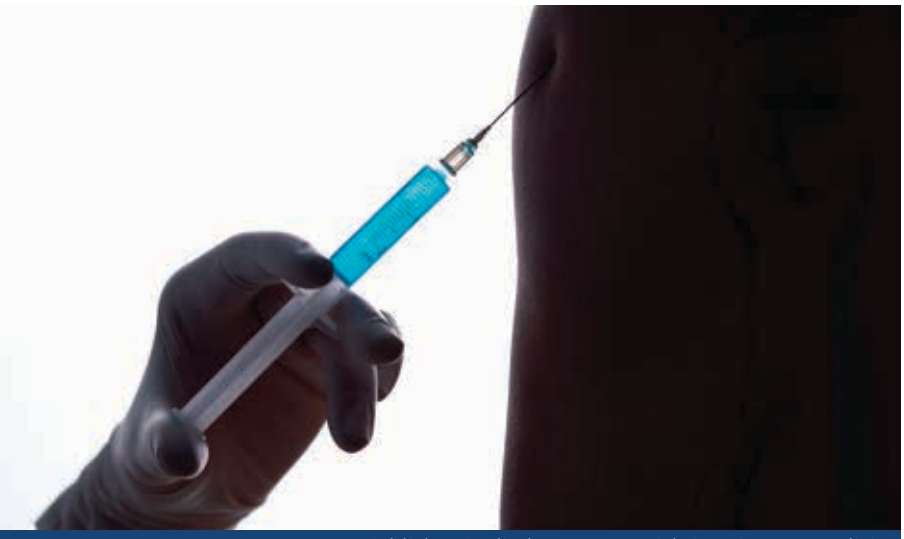
Am 25. März 2014 wurde eine Dienstvereinbarung über die Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements an Schulen und Studienseminaren (BEM) vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK) und den Hauptpersonalvertretungen für die staatlichen Lehrkräfte unterzeichnet.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement beinhaltet den wichtigen Aspekt der Prävention, bietet die Chance mehr für erkrankte und behinderte Beschäftigte zu tun und fasst die Arbeitsbedingungen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen stärker ins Auge.

Immer wieder treten gesundheitliche Probleme bei Beschäftigten auf, die in direktem Zusammenhang mit den Bedingungen und Belastungen am Arbeitsplatz stehen. Möglicherweise haben sie zur Entstehung der Krankheit beigetragen oder sie verschlimmert.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement auf der Grundlage des § 84 (2) SGB IX zielt darauf ab

- möglichst frühzeitig eventuellen gesundheitlichen Gefährdungen am Arbeitsplatz entgegenzuwirken,
- den individuellen Anspruch auf Eingliederung nach einer mehr als sechswöchigen Dienst-/Arbeitsunfähigkeitszeit zu gewährleisten,
- die Wiederherstellung und Erhaltung der Gesundheit der Beschäftigten zu unterstützen und zu fördern und
- für die jeweiligen Beschäftigten den Arbeitsplatz möglichst zu erhalten.



Betriebliche Eingliederung – so wichtig, wie gute Medizin

Die Vereinbarung gilt für alle Beschäftigten im Sinne des § 97 LPersVG.

Sie findet Anwendung, wenn Beschäftigte dieses Geltungsbereichs mehr als sechs Wochen erkrankt oder in den letzten zwölf Monaten insgesamt mehr als sechs Wochen aus gesundheitlichen Gründen dienstunfähig waren. In diesem Fall wird der betroffenen Person durch die Dienststellenleitung schriftlich ein BEM angeboten. Dabei werden alle Beschäftigten berücksichtigt, nicht nur schwerbehinderte, gleichgestellte und von Behinderung bedrohte Menschen.

Wichtig ist die freiwillige Zustimmung und Beteiligung der Betroffenen, ohne die das Eingliederungsmanagement nicht durchgeführt werden kann und darf. Es handelt sich um ein reines Hilfsangebot und wird bei Ablehnung nicht zulasten des Beschäftigten gewertet. Hierbei liegt es selbstverständlich in der Verantwortung und im eigenen Interesse jedes Einzelnen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um einer erneuten Arbeitsunfähigkeit vorzubeugen. Lehnt die betroffene Person ein BEM ab oder antwortet nicht innerhalb einer genannten Frist, dann endet das Verfahren. Dies ist entsprechend zu dokumentieren. Wird das Angebot angenommen, kann das BEM – dem Wunsch der betroffenen Person entsprechend – unter Federführung des Institutes für Lehrergesundheit (IfL) oder der Dienststellenleitung durchgeführt werden. Es erfolgt unter Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Das genaue Verfahren zur Umsetzung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements an Schulen und Studienseminaren ist in einer umfassenden Handreichung beschrieben.

Die Unterzeichnenden der Dienstvereinbarung verständigten sich darauf, das in der Handreichung vorgesehene Verfahren zur Umsetzung des BEM zu erproben und nach einer Evaluation durch das IfL im Sinne der genannten Ziele weiterzuentwickeln.

■ *Marlies Kulpe*
Referentin für Pädagogische Fachkräfte
Mitglied im HPR GS

Die Bank im dbb vorsorgewerk

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Jetzt informieren:
www.bezuegekonto.de oder
www.dbb-vorsorgewerk.de

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 9)

Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

Nachdem die Personalratswahlen ihren Abschluss gefunden haben, gibt es – vor allem für neu gewählte Personalräte – viele Fragen, was so alles auf sie zukommt und wie die künftige Personalratsarbeit funktioniert. Im Folgenden sollen nun in loser Reihenfolge wichtige Begriffe aus dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG), das ja die gesetzliche Grundlage bildet, erläutert werden. Die Redaktion würde sich freuen, wenn dies auf Interesse stößt; noch offene Fragen werden gerne nach Möglichkeit beantwortet.

Personlaräte beraten gut

§ 2 Zusammenarbeit zwischen Dienststelle, Personalvertretungen, Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen

Das Kernstück des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) stellt der § 2 dar. Im ersten Absatz heißt es: „Dienststelle (Schulleitung) und Personalvertretung (Örtlicher Personalrat) arbeiten unter Beachtung der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll und in engem Zusammenwirken mit den in der Schule vertretenen Gewerkschaften … zum Wohl der Beschäftigten und zur Erfüllung der der Dienststelle (Schule) obliegenden Aufgaben zusammen.“

Der Gesetzgeber verpflichtet Schulleitung und ÖPR nicht nur zur bloßen Zusammenarbeit; sie muss auch vertrauensvoll sein. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die anliegenden Aufgaben in der Schule gelöst werden können bzw. das Wohl der Beschäftigten gefördert und gewahrt bleibt. Gegenseitiges Vertrauen und Offenheit sind hierbei unerlässlich.

Bei dem Gebot zur vertrauensvollen Zusammenarbeit handelt es sich nicht um eine allgemeine Richtlinie, sondern um unmittelbar zwingendes Recht.

Wie bereits erwähnt, stehen sich Schulleitung und Örtlicher Personalrat als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe gegenüber.

Das Gebot zur vertrauensvollen Zusammenarbeit stellt einen tragenden Grundsatz des Personalvertretungsrechts dar. Sie zeigt sich besonders in folgenden §§ des LPersVG:

- § 69 (2): Informationsrecht des ÖPR (sh. Teil 6, rps 2/2014),
- § 67 (1): Friedenspflicht für ÖPR und Schulleitung, (sh. Teil 7, rps 3/2014),
- § 67 (1): Regelmäßiger Austausch, (sh. Teil 5, rps 1/2014),
- § 68 (1): Gemeinsames Wächteramt, (sh. Teil 7, rps 3/2014),
- § 71 (1): Verschwiegenheitspflicht (sh. Teil 8, rps 4/2014).

Zusammengestellt von Johannes Müller

Welche Verhaltensweisen können eine vertrauensvolle Zusammenarbeit fördern?

- Schulleitung und ÖPR begegnen sich mit Wohlwollen,
- unterstellen sich Beurteilungskompetenz,
- verlassen nicht die Sachebene,
- bemühen sich um problemorientiertes Verhalten.

Welche Verhaltensweisen verhindern eine vertrauensvolle Zusammenarbeit?

- Verunglimpfungen der jeweils anderen Seite – mündlich oder schriftlich,
- Unterlassung der Informationspflicht durch die Schulleitung,
- Verletzung der Verschwiegenheitspflicht nach dem Vierteljahresgespräch.

Gestaltungselemente zum Schulanfang

Viele Junglehrer sehen sich in den nächsten Wochen wahrscheinlich vor dem gleichen Problem: Sie bekommen eine erste Klasse und wissen erst einmal nicht, wo sie anfangen sollen.

Der folgende Artikel soll ein paar praxisorientierte Tipps bieten, die sowohl die Besuche im Kindergarten als auch den Schulanfang betreffen.

Besuche von Lehrerinnen und Lehrern im Kindergarten

Das Wichtigste beim Kindergartenbesuch ist die ungezwungene Kontaktaufnahme. **Beim ersten Besuch** sollte sich die Lehrerin einfach einmal umschauen, den Raum, den Tagesablauf, die Arbeitsweise im Kindergarten kennenlernen und sich den Kindern vorstellen. Hier erhält man vielleicht auch Impulse für eine kindgemäße Gestaltung des eigenen Klassenzimmers. Die Lehrerin wird eventuell ein Gefühl für die besondere Bedeutung der ersten 10 Minuten der ersten Unterrichtsstunde in der Schule bekommen, für die Bedeutung eines lockeren Tagesbeginns, eines Morgenkreises, vor allem für Schulanfänger.

Beim zweiten Besuch kann sie sich zu den Kindern setzen, mit ihnen spielen, sich erzählen lassen. Vielleicht stellen die Kinder Fragen zur Schule. Daraus kann sich ein lockeres Gespräch über die Vorstellungen der Kinder von der Schule und eventuell notwendig werdende Korrekturen durch die Lehrerin ergeben. Sie kann gemeinsam mit den Kindern in einem der zahlreichen Kinderbücher zum Schulanfang blättern, ihnen daraus vorlesen oder ein Lied singen.

Bei einem der folgenden Besuche können dann einzelne Kinder gezielt beobachtet werden. Vielleicht fallen der Lehrerin selbst ein paar Kinder auf, vielleicht erhält sie seitens der Erzieherin einige Anmerkungen.

Hingewiesen sei vor allem auch auf Verfahren, die in höherem Maße lernzielnahe Schulfähigkeitskriterien in den Mittelpunkt stellen (Bielefelder Screening, Würzburger Trainingsprogramm, Marburger Sprach-Screening, Osnabrücker Test zur Zahlbegriffsentwicklung etc.). Bei manchen Kindern wird es darum gehen, Fördermaßnahmen zu erarbeiten. Diese sollten mit der Erzieherin besprochen werden, um gemeinsame Überlegungen aufzustellen.

Kindergartenkinder besuchen die Grundschule

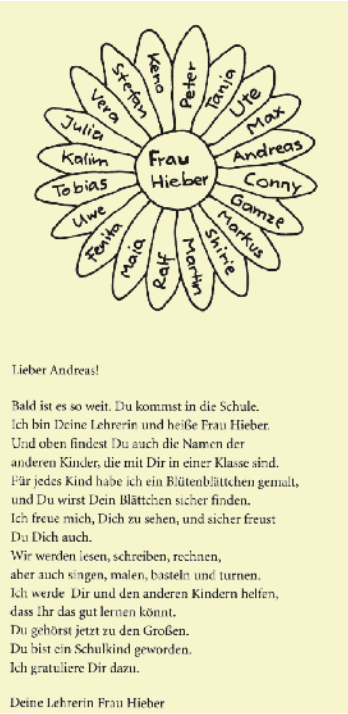
Ein erster Besuch der Schule kann dazu dienen, das Schulgebäude kennenzulernen. Viel wichtiger aber ist, dass die Kindergartenkinder am *richtigen* Unterricht teilnehmen. Hierbei sollten sie zunächst persönlich mit dem Namen begrüßt und in der Unterrichtsstunde namentlich aufgerufen werden. Die Größe der den Unterricht besuchenden Kindergartengruppe sollte möglichst kleingehalten werden, eher nur 5 – 8 Kinder. Folgendes ist noch zu beachten:

- Es sollte eine Unterrichtsstunde sein, in der die Kindergartenkinder aktiv am Unterricht teilnehmen.
- Es sollte zu einer Kooperation zwischen Kindergartenkindern und Schulkindern kommen, etwa in Form von Partnerarbeit.
- Wenn möglich, sollte das Ergebnis der Stunde zu einem Produkt führen, das die Kindergartenkinder mitnehmen und zu Hause vorzeigen können.

Zusammenstellung wichtiger Gesichtspunkte für eine Beobachtung:

Grob- und Feinmotorik	■ Fangen eines Balles – Sprünge mit geschlossenen Füßen ■ Ausmalen / Ausschneiden ...
Sprache und Sprachverhalten	■ Gegenstände im Bilderbuch benennen ■ Fragen beantworten, z. B. Vorname, Nachname, Alter, Geschwister ...
Zahl- und Mengenbegriff	■ Zählen bis 10 – Begriffe „mehr, weniger“ ...
Wahrnehmung	■ Memory, Puzzles ■ Zuordnen von Geräuschen ...
Kenntnisse	■ Formen, Farben ...
Gedächtnis und Merkfähigkeit	■ Behalten von Liedern, Gedichten ■ Memory ...
Leistungs- und Arbeitsverhalten	■ Sorgfältiges Arbeiten beim Ausmalen ■ Ausdauer bei Spiel und Arbeit ...
Konzentration	■ Beschäftigung mindestens 10 Minuten mit einer Sache: Zuhören, Zuschauen, Spielen ...
Individualverhalten	■ Ertragen von kleinen Misserfolgen ■ Psychische Stabilität ■ Alltägliche Aufgaben: Anziehen ...
Sozialverhalten	■ Freude am Spiel mit anderen Kindern ■ Kooperationsfähigkeit ■ Hilfsbereitschaft ...

Einladungsschreiben zum ersten Schultag



Lieber Andreas!

Bald ist es so weit. Du kommst in die Schule.
Ich bin Deine Lehrerin und heiße Frau Hieber.
Und oben findest Du auch die Namen der
anderen Kinder, die mit Dir in einer Klasse sind.
Für jedes Kind habe ich ein Blütenblättchen gemalt,
und Du wirst Dein Blättchen sicher finden.
Ich freue mich, Dich zu sehen, und sicher freust
Du Dich auch.
Wir werden lesen, schreiben, rechnen,
aber auch singen, malen, basteln und turnen.
Ich werde Dir und den anderen Kindern helfen,
dass Ihr das gut lernen könnt.
Du gehörst jetzt zu den Großen.
Du bist ein Schulkind geworden.
Ich gratuliere Dir dazu.

Deine Lehrerin Frau Hieber

Mittlerweile ist es üblich, die Kinder über einen Brief an die Eltern auf den ersten Schultag aufmerksam zu machen. Dieses Schreiben könnte ergänzt werden durch einen Einladungsbrief, der direkt an das zukünftige Schulkind adressiert ist.

Der Brief könnte von Schülern des dritten Schuljahres vorbereitet und individuell gestaltet werden. Den Text schreibt die zukünftige Lehrerin. (links ein Beispiel)

Literaturtipp: Wolfgang Knörzer, Karl Grass, Eva Schumacher (2007): Den Anfang der Schulzeit pädagogisch gestalten. Studien- und Arbeitsbuch für den Anfangsunterricht: Beltz Verlag

■ *Melanie Stock, stellv. AdJ-Landessprecherin melanie_stock@gmx.net*

Jährliches Treffen der regionalen Seniorenvertreter in Mainz

Am 24. März 2014 fanden sich die Seniorenvertreter/-innen der Kreise, der Bezirke und des Landes zu ihrem traditionellen Jahrestreffen im Erbacher Hof in Mainz ein.

Die Termine und Veranstaltungsorte zum Vortrag „Vorsorge treffen“ mit Michael Pfeffer vom MÜNCHENER VEREIN wurden bekannt gegeben. Da es sich keineswegs nur um eine seniorenspezifische Veranstaltung handelt, sollen auch jüngere VBE-Mitglieder zur Teilnahme animiert werden.

In Bezug auf Vorsorgevollmachten wurde auf das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 26. Juli 2012 (Az: XII ZB 24/12) verwiesen, wonach eine Genehmigung für eine Fixierung durch einen Bevollmächtigten etwa im Rahmen einer Vorsorgevollmacht nicht ausreicht. Konkret bedeutet dies: Werden pflegebedürftige Menschen in einem Heim oder Krankenhaus regelmäßig fixiert oder festgebunden, so muss dies immer ein Gericht zuvor genehmigen. – Pflegende Angehörige sollten daher dringend darauf achten, dass, auch wenn eine Vorsorgevollmacht vorliegt, die Zustimmung zur freiheitsentziehenden Maßnahme durch das zuständige Betreuungsgericht eingeholt werden muss. Wird dies nicht beachtet, so kann ein Strafverfahren wegen Freiheitsentzug drohen.

Die neuen Unterlagen „Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Erklärung zur Organspende“, bei denen dieses Urteil berücksichtigt ist, können VBE-Mitglieder bei der Landesgeschäftsstelle anfordern.

Da „Erben/Vererben“ immer eine größere Bedeutung erlangt, hat der VBE einen neuen Ratgeber „Erbrecht“ erstellt. Auch diese Unterlagen können via Homepage herunter geladen bzw. in Papierform den Mitgliedern auf Anfrage zugestellt werden.

Die VBE-Seniorenvertreter tagten in Mainz

Des Weiteren berichtete der Vertreter des Landesverbandes über die Schwerpunkte des 1. dbb-Seniorenkongresses, der am 18./19. November 2013 in Berlin stattgefunden hat. Da es sich bei dieser Veranstaltung um eine Neugründung handelt, lag ein Schwerpunkt auf der personellen Besetzung des Vorstandes. Ein weiterer Schwerpunkt war in den Anträgen zu sehen, die für die Senioren spezifische Probleme (Pensionen, Renten, Beihilfe, Pflegestufen ...) auflisteten. Es lag in der Natur der Sache, dass sich viele Anträge inhaltlich glichen und deshalb an eine Kommission zur weiteren Bearbeitung gegeben wurden.

Im weiteren Verlauf der Tagung informierten die Teilnehmer über durchgeführte und geplante Veranstaltungen:

- Am Donnerstag, 24. September 2015, soll als landesweite Veranstaltung „Historische Stätten“ in Mainz stattfinden.
- Im September 2014 ist für die Region Neustadt ein Besuch des Flugplatzes Ramstein beabsichtigt.
- Des Weiteren wurde mit dem ADAC Gau Pfalz in Neustadt Kontakt aufgenommen. Es soll eine Senioren-Tagesveranstaltung mit zwei Schwerpunkten angeboten werden:
  1. „sicher mobil“
  2. „Neuerungen StVO“

  Beide Themen werden jeweils ca. 90 Minuten in Anspruch nehmen.
- Die Region Trier beabsichtigt den Saarländischen Rundfunk oder den Südwestrundfunk zu besuchen.
- Der Bezirk Koblenz hat eine Veranstaltung in Andernach geplant und wird demnächst diese in den RpS ankündigen.
- Als erfolgreiche Veranstaltungen der Kreisverbände wurden genannt: Gespräche mit Verbandsgemeinde-Bürgermeistern, Besichtigungen, monatliches Kaffeetreffen, Fahrten z. B. ins Ahrtal, Adventskaffee, Betriebsbesichtigungen, historische Stätten/Personen wie Nicolaus von Kues.

Die Teilnehmer sprachen sich dafür aus, auch im nächsten Jahr wieder ein solches Seniorentreffen durchzuführen.

■ *Konrad Ochsenreither*
Vertreter der Seniorinnen und Senioren
im VBE Rheinland-Pfalz
k.ochsenreither@vbe-rp.de

VBE Verband Bildung und Erziehung Landesverband Rheinland-Pfalz

www.recht-fuer-lehrer.de
Rechtsfälle aus dem Berufsleben

Fehlende Feuerwehrkraft

Die Frage bzw. das Problem:
Wir haben, wie in vielen Kollegien, an unserer Schule keine Feuerwehrkraft, weil diese fest verplant ist. Da wir eine Schule mit nur vier Kollegen sind, kann niemand guten Gewissens eine Fortbildung machen. Kann ich als Personalrat etwas an dieser Situation ändern?

Die Antwort:
Sie sprechen zu Recht eine sehr prekäre Situation in den RLP GS an. Das Problem stellt sich leider landesweit so, wie von Ihnen geschildert, dar. Hier muss der Dienstherr ein Problembewusstsein entwickeln und in die Pflicht genommen werden. Sollte also kein(e) Vertretungslehrer(in) zur Verfügung stehen, sollten Sie als ÖPR einfordern, dass Klassen zu Hause gelassen werden. Was viele vergessen haben: Als das Land in den neunziger Jahren die sog. „verlässliche volle Halbtagsschule“ eingeführt hat, hat es dies damit begründet, dass für kurzfristige Ausfälle Feuerwehrlehrer eingerichtet würden. Das bedeutet im Umkehrschluss, fehlen diese Lehrpersonen, kann die Unterrichtsversorgung nicht mehr garantiert werden.

Kommissarische Schulleitung

Die Frage bzw. das Problem:
Da unser Schulleiter zum Ende des Schuljahres pensioniert wird und bis jetzt noch kein Nachfolger gefunden ist, hat er in der Gesamtkonferenz verkündet, dass – sollte sich kein Bewerber für die Schulleiterstelle finden – die Aufgaben der kommissarischen Schulleitung unter den Kolleginnen aufgeteilt werden müssen. Die Dienstälteste, die ja eigentlich die kommissarische Schulleitung übernehmen müsste, hat daraufhin ein ärztliches Attest vorgelegt, das sie davon freistellt.

Zurzeit sieht unsere Personalsituation wie folgt aus:
1 a: Ich
1 b: Im Mutterschutz ab Mai 2014

Kostenfrei für VBE-Mitglieder

Alles, was Recht ist ...

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!
Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot.
Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht / Altersteilzeit / Pensionsberechnung

Der schnellste Weg zur VBE-Rechtsberatung führt
über die spezielle VBE-Website
www.recht-fuer-lehrer.de
per E-Mail an recht@vbe-rp.de
oder telefonisch über die VBE-Landesgeschäftsstelle (0 61 31 / 61 64 22).
Feste Telefonberatungszeiten:
dienstags und donnerstags 16:00 – 18:00 Uhr

Direkte Telefondurchwahl
0 61 31 / 36 60 35

Mehr Infos unter

Rechtsfrage des Monats

Wenn Gelder für eine Klassenfahrt eingesammelt werden und dabei ein Restbetrag übrig bleibt, darf dieses Geld dann für andere Zwecke der Klasse verwendet werden?

a. Ja. Wichtig ist nur, dass das Geld ausschließlich für die betreffende Klasse aufgewendet wird.
b. Nein. Ein Restbetrag ist immer an die Eltern zurückzubezahlen.
c. Es kommt darauf an! Das Geld ist anteilig an die Eltern zurückzuzahlen, es sei denn, sie verzichten auf die Rückzahlung und stimmen einer anderen Verwendung zu.

Die Antwort finden Sie auf Seite 23!

2 a: Dienstälteste mit ärztlichem Attest
2 b: mögliche kommissarische Schulleitung
3 a: Personalratsmitglied
3 b: Personalratsmitglied
4 a: im Mutterschutz ab Februar 2014
4 b: Personalratsmitglied
Eine Teilzeitkraft mit 8 Stunden.

Somit kommen nur die Kollegin der Klasse 2 b und ich in Betracht, die kommissarische Schulleitung zu übernehmen. (Personalratsmitglieder dürfen dies – soweit ich weiß – nicht, oder?)

Ich selbst fühle mich dieser Aufgabe jedoch nicht gewachsen, da ich erst seit 3,5 Jahren an dieser Schule unterrichte und zurzeit erstmals eine 1. Klasse leite.

Gibt es eine rechtliche Grundlage, die mich zwingt, die Aufgaben der kommissarischen Schulleitung auch gegen meinen Willen zu übernehmen?

Die Antwort:
Die von Ihnen angesprochene Regelung für eine kommissarische Schulleitung ist nur für eine eng begrenzte Zeit möglich. Die sogenannte Dienstältestenregelung greift in der Regel nur für kurzfristige absehbare Vakanzen von Schulleitungen (Erkrankungen, dienstlich bedingte Abwesenheit etc.). Sie soll gewährleisten, dass dauernd eine „Schulleitung“ anwesend ist. Für längerfristige oder wie in Ihrem Falle nicht absehbare Vakanzen ist die ADD (Schulrat) am Zuge.

Ist die regelgerechte Dienstälteste nicht in der Lage, das Amt zeitweise auszuüben, muss die ADD jemanden benennen, der dieses Amt ausübt (2. Dienstälteste usw.). Diese Auswahl wird vom zuständigen BPR unter Beteiligung des ÖPR mitbestimmt.

Es wird in der Regel keiner gegen seinen Willen gezwungen, auf Dauer solch eine Funktion zu übernehmen. Sollte sich also keine Kollegin finden, die Schulleitungsaufgaben übernehmen kann, muss die Schule bis zur Wiederbesetzung der Stelle von einer benachbarten Schule mitgeführt werden. Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, dass eine vorübergehende, kurzfristige Übernahme von Leitungsfunktionen zu den Dienstpflichten einer jeden Lehrkraft gehören. Wie Sie richtig vermuten, sind Schulleitungsfunktionen und Personalratstätigkeit nicht vereinbar.

Ich bin mir sicher, dass die ADD Ihre Argumentation (kurze Dienstzeit) akzeptieren wird.

Der BPR GS hat auf seiner Homepage (www.bpr-grundschulen.de) zu der sog. Dienstältestenregelung ein umfängliches mit der ADD abgestimmtes Papier erstellt, worin all Ihre Fragen beantwortet werden. Ich habe das Papier, an dem ich auch mitgewirkt habe, als Datei angehängt. Sie können diese auch gerne an Ihren Schulleiter weiterleiten.

§§ ÖPR in Elternzeit

Die Frage bzw. das Problem:
Bei der letzten Wahl wurde ich in einen 3er-Personalrat gewählt, werde aber im Mai voraussichtlich für zwei Jahre in Elternzeit gehen. Als ich vor drei Jahren aus meiner damaligen Elternzeit zurück an meine „alte” Schule wollte, war dies erst einmal nicht möglich. Habe ich als Personalrätin bessere Chancen, wieder an meiner „alten” Schule unterrichten zu dürfen? Und macht es einen Unterschied, ob man in dieser Elternzeit sein Amt ruhen lässt oder nicht? Was würden Sie mir raten?

Die Antwort:
Grundsätzlich können Sie für die Elternzeit Ihr Amt als ÖPR ruhen lassen. Für die Zeit Ihrer Abwesenheit rückt dann der/die erste Nachrücker/-in auf der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für den ÖPR nach.

Damit ist garantiert, dass Sie nach Ihrer Elternzeit wieder an Ihre Schule zurückkehren können.

Sollte jedoch kein Nachrücker für Sie zur Verfügung stehen, müsste formal der ÖPR neu gewählt werden. Dies ist immer dann notwendig, wenn die Zahl der Personalratsmitglieder unter ¾ der vorgesehenen Zahl sinkt. Damit wären Sie ja dann nicht mehr Mitglied im ÖPR mit der Garantie der Rückkehr.

Dies könnten Sie nur dadurch umgehen, dass Sie während der Elternzeit Ihr Amt als ÖPR beibehalten. Das ist durchaus üblich. Sie müssten dann jedoch zu Sitzungen des ÖPR o. Ä. anwesend sein. Für diesen Fall bieten wir Ihnen gerne eine zusätzliche persönliche Beratung an.

■ *Zusammengestellt und bearbeitet von den Mitgliedern des VBE-Netzwerks Rechtsberatung*

VBE Rheinland-Pfalz bei der 11. Frauenpolitischen Fachtagung des dbb:

Was „verdient“ die andere Hälfte des Himmels?

Zur diesjährigen 11. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb-bundesfrauenvertretung Ende März konnte die Vorsitzende Helene Wildfeuer 250 Tagungsteilnehmerinnen der einzelnen Fachgewerkschaften und der dbb-Landesbünde begrüßen.

Die dbb-bundesfrauenvertretung vertritt die arbeits-, gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen von rund 400.000 Frauen im dbb und damit auch der Lehrerinnen gegenüber den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst sowie Bundes- und Landespolitikern. Um die Interessen der berufstätigen Frauen stärker in den Fokus zu rücken, veranstaltet die dbb-bundesfrauenvertretung jährlich eine Fachtagung mit kompetenten Gästen aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und der eigenen dbb-Organisation.

Die dbb-landesfrauenvertretung unterstützt die Arbeit der dbb-bundesfrauenvertretung durch rege Teilnahme an diesen Fachtagungen. Claudia Rüdell (DSTG), dbb-Landesfrauenvorsitzende, Barbara Kuch (VBE) aus der Geschäftsführung der Landesfrauenvertretung und Johanna Mieder (DSTG-Landesfrauenvertreterin) waren Teilnehmerinnen dieser Bundestagung für Rheinland-Pfalz.

Die Fachtagung stand unter dem Motto: „Was ‚verdient‘ die andere Hälfte des Himmels?“ In ihrem Eingangsstatement sagte Helene Wildfeuer: „Gender-Budgeting ist ein zentrales Verwaltungsinstrument, das Budgetverantwortlichen dabei hilft, sich einen unverstellten Blick auf die eigene Haushaltspolitik zu verschaffen. Es ermöglicht, Gleichstellung gezielt über den kontrollierten Einsatz von Steuermitteln zu steuern“ und müsse daher als Verwaltungsinstrument mehr gefördert werden. Gender-Budgeting zielt als Teil des Gender-Mainstreaming darauf ab, staatliches Handeln und Gesetzgebung daraufhin zu überprüfen, ob unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter auftreten werden. Dabei ist zu beachten, ob dem übergeordneten Ziel der Gleichstellung geholfen oder geschadet wird. Gerade die gerechtere und sinnstiftende Verteilung von familienpolitischen Leistungen sei mit kluger und geschlechtersensibler Kosten-Nutzen-Abwägung bei der Haushaltsverteilung hinzubekommen. So ist z. B. die haushaltsmäßig zu treffende Entscheidung für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen eine positive Investition in Sachen Gleichstellung, da sie für viele Frauen erst den Freiraum schafft, einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Nach wie vor sei die Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber immens, so Wildfeuer, wenn es um die Besetzung von Führungspositionen mit Frauen ginge. Die dbb-bundesfrauenvorsitzende zeigte auf, dass hier nur klare gesetzliche Vorgaben helfen. „Der Aufruf zur freiwilligen Frauenförderung hat uns hier in den vergangenen Jahren keinen Schritt weitergebracht!“
Nach Grußworten des stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden Ulrich Benra, des Staatssekretärs im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ralf Kleindiek und der Sektionschefin „Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation“ des Bundeskanzleramtes Österreich, Angelika Flatz, folgten spannende Impulsvorträge. Es referierten die Experten Marion Böker, Beraterin für Menschenrechte und Genderfragen, Klaus Feiler, Staatssekretär der Senatsverwaltung Berlin, und Dr. Regina Frey, genderbüro Berlin.

Bei der Podiumsdiskussion am Nachmittag mit Vertretern aus Politik, Gewerkschaften und Verwaltung diskutierte Moderatorin Christine Rose und die Teilnehmerinnen der Veranstaltung, was knappe Personalmittel und Haushaltspolitik für Frauen bedeuten.

Am Rande der Veranstaltung tauschten sich die Rheinland-Pfälzerinnen mit der Leiterin des Referates Frauenorganisationen, kommunale Gleichstellung, Gender-Mainstreaming, Frau Thea Rathgeber-Schmitt, die der Einladung der dbb-frauen gerne gefolgt war, rege aus.

Weitere frauenrelevante Informationen, Gesetze, Urteile finden Sie auf der Homepage der dbb-bundesfrauenvertretung: www.frauen.dbb.de

Barbara Kuch
Beauftragte
für Gleichstellung im
VBE Rheinland-Pfalz
b.kuch@vbe-rp.de

Foto v. links n. rechts: Barbara Kuch (VBE-Beauftragte für Gleichstellung), Claudia Rüdell (DSTG), dbb-Landesfrauenvorsitzende, Thea Rathgeber-Schmitt vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz, und Johanna Mieder (DSTG-Landesfrauenvertreterin)

Im VBE Rheinland-Pfalz sind in inhaltlich unterschiedlichen Fachbereichen Referentinnen und Referenten tätig, die die Gremien des VBE unterstützen und beraten. Sie geben dem VBE durch ihre Kompetenz pädagogisches und schulpolitisches Gewicht. In der RpS werden unsere Referentinnen und Referenten regelmäßig vorgestellt, und sie erhalten Gelegenheit, ihren Arbeitsbereich, ihre Motivation und auch ihre Erwartungen an die Mitarbeit weiterer Kolleginnen und Kollegen zu skizzieren. In dieser RpS-Ausgabe stellt sich Michael Venz vor, der Referent des VBE Rheinland-Pfalz für den Tarifbereich.

RED

Michael Venz, VBE-Referent für Tarif- und Beschäftigungsrecht:

„Stellen Sie sich vor – Sie liegen kiffend am Strand von Australien – und man fragt Sie etwas!“

Mit diesen Worten begann kürzlich der Dozent ein Tarifseminar – und es sprach mir aus der Seele; denn wer immer glaubt, die richtige Antwort zu kennen, vergisst häufig die Sicht vom Standpunkt des Andern.

Dieses Motto hat mich ein weites Stück meines Lebens begleitet und mir die verschiedensten Um- und Zusteigemöglichkeiten eröffnet. Geboren am 02. August 1957, verheiratet, 2 Kinder (Linah 7 und Leander 5), wohnhaft in Bitburg.

Ausbildung: Abitur in Trier, Vermessungs-Unteroffizier in Idar-Oberstein, Diplom-Sportlehrer in Saarbrücken, Fensterputzer in Saarbrücken, Diplom-Kommunikations-Manager in Köln.

Sportliche Highlights: Rheinland-Meister in der Leichtathletik, 2. Liga Basketballspieler in Trier, Surfer am Atlantik und Mittelmeer, Skifahren in Tirol, Berlin-Marathon.

Sport ist Teil meines Lebens und hat auch meine Einstellung zum Beruf bestimmt. Zuschauen war noch nie mein Ding. Auf dem Spielfeld stehen und Teilhaben am Geschehen, direkt Einfluss nehmen zu können, helfen, unterstützen, Regeln einhalten, Neues ausprobieren.

So war mein beruflicher Werdegang vielfältig und stets geprägt von diesem Anspruch. Oft waren vielen Nebentätigkeiten und Ehrenämter nötig, um Dinge weiterzubringen.

Soldat und Ausbilder, Student und Fensterputzer, Basketballspieler, Trainer und Schiedsrichter, Diplom-Sportlehrer im Verein und Geschäftsführer, Assistent in einer Werbeagentur und Kommunikationsmanager, Lehrer an einer Förderschule, Vertrauenslehrer. ÖPR-Vorsitzender, VBE-Mitglied, BPR-Mitglied, VBE Service GmbH Geschäftsführer, Kreisvorsitzender, Beratung im Beschäftigungsrecht, Vater und Schulelternbeirat. So habe ich meine beruflichen Situationen immer genutzt, den Blick aus verschiedenen Positionen auf die Dinge zu richten – um zu verstehen, zu helfen und zu bewegen.

Mit meiner Mitgliedschaft im VBE seit 2004 eröffnen sich nun gleich vier Spielfelder, auf denen ich lernen, helfen und bewegen kann:

1. Als VBE-Mitglied genieße und nutze ich alle VBE-Angebote, lerne und lasse mir helfen.
2. Als Geschäftsführer der VBE Bildungs-Service GmbH habe ich Anteil an der Erstellung des VBE-Angebots.
3. Als Referent für Tarif- und Beschäftigungsrecht und Mitglied im Netzwerk Rechtsberatung des VBE kann ich Kolleginnen und Kollegen bei Problemen in ihren Beschäftigten-Verhältnissen weiterhelfen.
4. Als Mitglied im Bezirkspersonalrat für die Lehrkräfte an Förderschulen lerne ich täglich dazu und kann dieses Wissen weitergeben.

Das Spiel „Schule und Unterricht“ bzw. „Bildung und Erziehung“ spiele ich – ganz im Sinn meiner Einstellung zum Sport – auf verschiedenen Positionen: der Position der stürmenden Eltern, der Position der motivierten Lehrer, der Position der engagierten Personalräte und als Teamplayer in einer visionären Gewerkschaft – dem VBE.

Gerne spiele ich dieses Spiel noch eine weitere Halbzeit zum Lernen, Helfen und Bewegen, um dann noch einmal über den des Tarif-Dozenten nachzudenken!

■ *Michael Venz*
m.venz@vbe-rp.de

VBE-Veranstaltungen zu den neuen Grundschulzeugnissen

Die überarbeitete Grundschulordnung ist in Kraft getreten. Damit sind auch die neuen Regelungen für die Zeugnisse eingeführt worden. Die Nutzung der neuen Könnensprofile als Alternative zu den ausführlichen Verbalzeugnissen ist ab dem kommenden Jahreszeugnis in den Klassenstufen 3 und 4 möglich.

Vorschläge für die Formulierung dieser Könnensprofile in den Fächern Deutsch und Mathematik sind den Schulen vom Bildungsministerium als Leitfaden zur Verfügung gestellt worden. Ergänzend hierzu hat der VBE für die übrigen Fächer weitere Formulierungsvorschläge erarbeitet.

Über den Einsatz der neuen Grundschulzeugnisse mit Könnensprofilen möchten wir Sie informieren:

Anregungen für das Erstellen von Grundschulzeugnissen mit schuleigenen Könnensprofilen

Termin	Ort	Tagungsstätte
Donnerstag, 08. Mai 2014 17.00 – 19.00 Uhr	Kelberg	Grund- und Realschule plus Kelberg, Schulstr. 5–7, 53539 Kelberg Anmeldung an: sekretariat@schulekelberg.de
Dienstag, 13. Mai 2014 17.00 – 19.00 Uhr	Kirn	Dominik-Grundschule, Dhauner Str. 41, 55606 Kirn Anmeldung an: petra.franzmann@gmx.de
Mittwoch, 14. Mai 2014 17.00 – 19.00 Uhr	Betzdorf	Gaststätte Bayer, Plantagenweg 24, 57518 Betzdorf-Bruche Anmeldung an: meyer.kirchen@freenet.de
Donnerstag, 15. Mai 2014 17.00 – 19.00 Uhr	Koblenz	Grundschule Koblenz-Güls, Karl-Mühlig-Str. 12a, 56072 Koblenz Anmeldung an: Wolfgang.Weller@online.de
Mittwoch, 21. Mai 2014 16.00 – 18.00 Uhr	Wirges	Realschule plus, Theodor-Heuss-Ring, 56422 Wirges Anmeldung an: kuchbarbara@arcor.de
Donnerstag, 22. Mai 2014 15.30 – 18.00 Uhr	Ottersheim	Quetschkommod, Germersheimer Str. 4, 76879 Ottersheim Anmeldung an: m.kulpe@vbe-rp.de
Dienstag, 27. Mai 2014 16.00 – 18.00 Uhr	Wittlich	Hotel Lindenhof, Am Mundwald 5, 54516 Wittlich Anmeldung an: Rg.manstein@t-online.de

Referent: Hubertus Kunz, stellvertretender VBE-Landesvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des HPR GS,
Barbara Kotsch, VBE-Referentin für den Bereich Schulleitung, Mitglied in HPR GS (22.05.)

Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.
– Anmeldungen bitte an die jeweilig angegebenen E-Mail-Adressen –

Donnerstag 08.05.2014

Dienstag 13.05.2014

Mittwoch 14.05.2014

Donnerstag 15.05.2014

Mittwoch 21.05.2014

Donnerstag 22.05.2014

Dienstag 27.05.2014

IN MEMORIAM

Josef Meyer
Rektor a. D.
Im Kandel 15
54429 Schillingen
geb. 22.07.1925
† 03.04.2014

Rudolf Müller
Rektor a. D.
Im Bienengarten 4
56753 Mertloch
geb. 10.11.1927
† 18.04.2014

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Auflösung der Rechtsfrage des Monats

Richtig ist Antwort c). – Bei dem für eine Klassenfahrt eingesammelten Geld handelt es sich um sogenannte zweckgebundene Mittel, die grundsätzlich auch nur für den jeweiligen Zweck verwendet werden dürfen. Die Einnahmen sollten deshalb so kalkuliert werden, dass möglichst kein Restbetrag übrig bleibt. Ist dies dennoch der Fall, muss das Geld anteilig an die Eltern zurückgezahlt werden, es sei denn, diese sind damit einverstanden, dass das Geld anderweitig für die Klasse verwendet wird. Alle(!) Eltern müssen mit der anderweitigen Verwendung einverstanden sein, es gibt also keine mehrheitliche Abstimmung!

VBE-Kreisverband Südliche Weinstraße:

Tief im Süden

Der Landkreis Südliche Weinstraße liegt im Südosten von Rheinland-Pfalz an der Grenze zu Frankreich. Inmitten des Kreises befindet sich die kreisfreie Stadt Landau, Universitätsstadt und Zentrum der Südpfalz.

Geprägt wird die Region vom Weinbau. Die Deutsche Weinstraße durchzieht den Kreis Südliche Weinstraße von Nord nach Süd bis zum Deutschen Weintor bei Schweigen, dem südlichen Ende dieser bekannten Straße. Aber auch die Geschichte ist bei uns präsent. Erwähnt seien nur die Reichsburg Trifels bei Annweiler, auf der 1193 der englische König Richard Löwenherz gefangen war und noch heute die Nachbildungen der Reichskleinodien des Heiligen Römischen Reiches besichtigt werden können, die Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben, ehemaliger Sommersitz des bayrischen Königs Ludwig I., die ehemalige Festung Landau, die in den Jahren 1688 bis 1691 von dem französischen Festungsbaumeister Vauban errichtet wurde und von ihm als „eine der stärksten Festungen der Christenheit“ bezeichnet wurde, und die Kurstadt Bad Bergzabern zusammen mit dem nahegelegenen elsässischen Weißenburg.

Besuch in der Landauer Zooschule

Das mediterrane Klima lädt zu Wanderungen und Radtouren durch die Weinberge und zu den historischen Stätten ein, und besonders im Herbst, wenn der neue Wein (Federweißer) lockt, zieht die Region viele Menschen an. Ganzjährig ist auch der Zoo in Landau mit seiner Zooschule für Schulklassen ein Besuch wert.

Erfreulicherweise ist der demografische Wandel hierzulande weniger spürbar als anderswo, dank einer guten Infrastruktur mit der Universität, den Schulen und den Kindergärten im Kreis.

Klaus Bravur wird für seine 50-jährige Mitgliedschaft geehrt (rechts mit Sabine Mages, Gerhard Bold, Christine Jung und Rolf Bantz)

Der aktuelle Kreisvorstand

Im März 2013 fanden Neuwahlen statt. Christine Jung, ehemalige Rektorin einer HS und Konrektorin einer Realschule plus, wurde zur 1. Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig ist sie die Seniorenvertreterin im Kreisverband.

Ralf Kopf, Lehrer an einer Realschule plus und bisheriger 1. Vorsitzender, übernahm den stellvertretenden Vorsitz. Rudolf Bantz, ehemaliger Hauptschullehrer, wurde wieder zum Schatzmeister gewählt, ein Amt, das er seit 1995 ausübt. Marga Wilhelm, ehemalige Rektorin einer Grundschule, und Yevgen Shved, Lehrer an einer Realschule plus, fungieren als Kassenprüfer. Alexander Broll, Konrektor einer Förderschule, Bettina Burkhart, Förderschullehrerin und Gordon Herbert, Lehrer an einer Realschule plus, sind die Beisitzer.

Breit gefächertes Veranstaltungsangebot

Ein wesentlicher Teil der Veranstaltungen sind Veranstaltungen mit einem direkten schulischen Bezug. So standen bzw. stehen u. a. folgende Themen auf der Agenda: Zoo Landau und Unterricht in der Zooschule, Besuch der Burg Trifels mit Schauspielführung, Workshop „Unterricht mit dem interaktiven Whiteboard“, Naturerfahrungen im Schulalltag (Naturerlebnisschule des NABU), Führung auf der Burg Schlössel, die salische Merkmale in Reinform aufweist und zu den „baugeschichtlich wichtigsten Anlagen ... ganz Deutschlands gehört“ (Günter Stein) oder die Erkundung von Neustadt a. d. Wstr. auf den Spuren des Reformators Zacharias Ursinus.

Auch die Geselligkeit und der Austausch zu aktuellen Themen werden gepflegt. So findet in jedem Herbst auf der Burg Landeck ein Flammkuchenessen statt mit Informationen über neue Entwicklungen im Verband, den bildungspolitischen und gewerkschaftlichen Zielsetzungen wie zum Beispiel Besoldung, Beamtenversorgung oder Mitgliederbewegung.

Im Dezember führen wir unsere traditionelle Weihnachtsfeier mit Mitgliederehrungen durch und freuen uns immer über junge Teilnehmer. Außerdem organisiert unsere Vorsitzende jährlich eine Theaterfahrt nach Kaiserslautern ins Pfalztheater. Mit diesem Programm wollen wir einmal den vielen Pensionären Rechnung tragen, aber auch den Aktiven Unterstützung geben und junge Kollegen für den VBE gewinnen.

Christine Jung

Bürgerbeauftragter beim VBE Ahrweiler

Den Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz Dieter Burgard hatte der VBE-Kreisverband Ahrweiler nach Bad Neuenahr zum Seniorentreff in das Hotel Krupp eingeladen. Der Referent stellte sich und seine Aufgabenbereiche vor. Er verschaffte seinen Zuhörern einen Überblick über die Vielseitigkeit seiner Tätigkeiten: Anliegergebühren, Rentenansprüche, Lärmbelästigungen, Einstufungen im Pflegebereich u. m.

Allein im abgelaufenen Jahr gingen 3.166 Anliegen über seinen Schreibtisch, von denen 70 % erfolgreich abgeschlossen wurden. Die meisten Fälle gab es im Sozial- und Justizbereich.

Herr Burgard berichtete praxisnah, anschaulich und humorvoll über seine Arbeit.

Bei seiner Tätigkeit geht es ihm auch darum, Schwellenängste abzubauen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung herzustellen.
Der Seniorenbeauftragte des KV Ahrweiler Heribert Stein bedankte sich bei dem Referenten.

Hubertus Kunz, Kreisvorsitzender des VBE Ahrweiler, wies nach einem Kurzbericht über seine Arbeit als Mitglied des HPR Grundschulen darauf hin, dass am 10. Juli 2014 ein Regionaltreffen der Senioren in Andernach stattfindet, zu dem alle herzlich eingeladen sind.

■ *Heribert Stein*

VBE Pirmasens/Zweibrücken:
Im Schlaf lernen?

Ganz so einfach ist es leider nicht! Allerdings haben die VBE-Mitglieder und Gäste durch den Referenten Peter Pastuch bei der Fortbildung am 24. Februar 2014, initiiert vom VBE-Kreisverband Zweibrücken/Pirmasens zum Thema „Ohne Haltung kein Behalten“ erfahren (wenn sie es nicht schon wussten), dass der Schlaf beim Lernen eine wichtige Rolle spielt.

Wie in vielen oder vielleicht sogar allen Bereichen des Lebens ist die Balance zwischen Anspannung und Entspannung entscheidend für die Konzentration und damit natürlich auch für das Lernen. Das zweite Thema der Fortbildung lautete „Bewegung ist aller Bildung Anfang“ wurde inhaltlich mit vielen Beispielen zur praxisnahen und wenig zeitaufwendigen Umsetzung im Alltag gefüllt.

Mit Bewegung ist dabei nicht einfaches „Austoben“ durch z. B. „Rennen über den Platz“ oder „Fußball spielen“ gemeint. In vielen Balanceübungen und Spielen konnten die Lehrkräfte selbst erfahren, wie sie durch Bewegung zur inneren Ruhe und Konzentration finden. Erfreulich war für alle Teilnehmer, dass die erläuterten und teilweise selbst durchgeführten Übungen wenig Zeit benötigen und im täglichen Unterricht in wenigen Minuten, mit wenig Platz und wenig Aufwand durchzuführen sind. Um (wie immer mehr auch in der Pädagogik üblich) Begriffe der Wirtschaft zu verwenden, möchte der VBE-Kreisverband Pirmasens/Zweibrücken in jeder Hinsicht folgendes Fazit ziehen:
Aufwand und Ertrag stehen und standen in einem sehr guten Verhältnis!

Wir danken dem kompetenten Referenten Peter Pastuch, dem VBE für die Organisation und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die Mitgestaltung des Nachmittags.

■ *Clemens Nikolaus*

Teilnehmer im Entspannungstraining

Montag
30.06.2014
9–16 Uhr

Veranstaltungen des KV Westerwald:

Fortbildungsveranstaltung zu dem Thema: Sehstörungen und ihre Auswirkungen im Schulbereich

Termin: **Montag, 30. Juni 2014, von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr**
Ort: **56422 Wirges, Bahnhofstr. 100, Hotel Paffhausen**
Referentin: **Kerstin Müller, Funktionaloptometristin**

Defizite in der Sehverarbeitung können bei Kindern Verzögerungen in vielen Bereichen der Entwicklung zur Folge haben. Ungefähr 80 % eines normalen Schulalltags ist das Kind mit sehabhängigen Aufgaben in der Nähe beschäftigt. Kinder, die schlecht sehen, bleiben nicht selten hinter ihren Möglichkeiten zurück. Hinzu kommen Fehler beim Schreiben oder Rechnen aufgrund falsch wahrgenommener Schriftzeichen.
Woran erkennen Lehrpersonen visuelle Wahrnehmungsstörungen und welche Wege der Hilfe für das Kind gibt es?

Donnerstag
28.08.2014
20 Uhr

Einladung zu einer Führung an aktive Mitglieder und Senioren

Termin: **Donnerstag, 28.08.2014 um 20 Uhr**
Ort: **Druckhaus der Rheinzeitung in Koblenz**

(ca. 2 ½ Stunden) im Druckhaus der Rheinzeitung in Koblenz am Donnerstag, 28.08.2014, um 20 Uhr.
Ein kleines Rahmenprogramm für ein geselliges Beisammensein ist für den Nachmittag vorgesehen.
Es wird wieder ein Bus ab Hachenburg fahren.

Veranstaltungen der VBE-Kreisverbände Speyer und Germersheim

Donnerstag
22.05.2014
15.30–18 Uhr

Die neuen Grundschulzeugnisse: Formulierungshilfen zu Könnensprofilen und LSE-Protokollen

Termin: **Donnerstag, 22. Mai 2014, 15.30 bis 18.00 Uhr**
Ort: **Tagungsraum der „Quetschkommod“, Germersheimer Str. 4, 76879 Ottersheim**
Referentin: **Rektorin Barbara Kotsch, Mitglied im HPR GS und der Zeugnis AG am MBWWK**
Leitung: **Marlies Kulpe**
Anmeldung: **bis zum 19.05.14 bei Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de**
oder bei Werner Morsch, Tel.: 06232-92242, w.morsch-dh@web.de

Der Themennachmittag zur neuen Form der Grundschulzeugnisse und den zu protokollierenden Lehrer-Eltern-Schüler-Gesprächen soll Anregungen und Hilfen bei der Erarbeitung schuleigener Könnensprofile und Protokollentwürfe bieten. Den Teilnehmenden werden vielfältige Materialien zur eigenen Verwendung zur Verfügung gestellt und die Möglichkeit geboten, offene Detailfragen zur Umsetzung im Gespräch zu klären. Nichtmitglieder zahlen einen Kostenbeitrag in Höhe von 10,– €. Für Getränke und Tagungskaffee ist gesorgt.

Freitag
17.06.2014
16–18 Uhr

Inszenierte Führung durchs Hambacher Schloss

Termin: **Freitag, 27. Juni 2014, 16.00 bis 18.00 Uhr**
Ort: **um 15.45 Uhr am Eingang zum Hambacher Schloss**
Leitung: **Marlies Kulpe**
Anmeldung: **bis zum 23.06.14 bei Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de**
oder bei Werner Morsch, Tel.: 06232-92242, w.morsch-dh@web.de

Seit im Mai 1832 zum ersten Mal die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Kastanienberg bei Neustadt wehte, gilt das Hambacher Schloss als Wiege der deutschen Demokratie. Heute ist es eine Stätte, an der geschichtliches und kulturelles Erbe erfahrbar wird. In einer inszenierten Führung wird uns ein Schauspieler in der Rolle des Herrn Dr. Siebenpfeiffer 45 Minuten durch das Schloss führen. Die Gruppengröße ist auf 25 Personen begrenzt. Die Führungspauschale wird vom VBE übernommen, der Eintritt für die Schlossbesichtigung beträgt 3,50 € pro Person. Das Hambacher Schloss ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Es besteht eine direkte Busverbindung (Buslinie 502) vom Hauptbahnhof Neustadt an der Weinstraße bis zur Haltestelle „Hambacher Schloss” (Busankunft 15.30 Uhr).

DSL-Geschwindigkeit

Ruckelt das Bild, wenn Sie im Internet HD-Videos ansehen? Dauert es ewig, wenn Sie viele Bilder in eine Cloud laden? Dann ist Ihr Internetzugang zu langsam! Momentan forciert die Telekom den Ausbau der schnellen VDSL-Technik, die eine Geschwindigkeit von 100 MBit/s erreicht. Bis 2018 sollen 80 % aller Haushalte mit schnellem Internet über Telefonkabel verfügen, zurzeit sind es ca. 30 %. Eine Alternative zum Internet über Telefon ist ein Zugang über den TV-Kabelanschluss. Bereits jetzt sind Geschwindigkeiten von 100–200 MBit erreichbar, in den nächsten Jahren sollen sogar 400 MBit/s erreicht werden. Ob bei Ihnen ein schneller Zugang über Telefon möglich ist, erfahren Sie z. B. hier:

http://gmt.telekom-dienste.de/vdsl_pk

Microsoft-Programme

Neben den Kaufprogrammen bietet Microsoft viele kleine Programme kostenlos an. So finden Sie bei Microsoft z. B.:

- **„MS Keyboard Layout“** zur umfassenden Anpassung der Tastatur. Neben der Neuordnung von Buchstaben können auch Tastenkombinationen definiert werden.
- **„Desktops“** zur Definition von bis zu vier Desktops. So können Sie z. B. einen Arbeits-Desktop und einen Spieldesktop unabhängig voneinander anlegen. Der Wechsel erfolgt über kleine Icons in der Taskleiste oder über die Tastatur.
- **„ZoomIt“** zum Vergrößern beliebiger Bereiche des Bildes. Wird eine vorher festgelegte Tastenkombination gedrückt, vergrößert ZoomIt die Bildschirmansicht und macht so das Lesen leichter.

Die „100 besten Gratis-Programme von Microsoft“ finden Sie z. B. gesammelt bei:

www.computerbild.de

Riesen-Tablet

Mit dem Aspire DA223HQL bietet Acer ein Android-Tablet, das auch als Computer-Display genutzt werden kann. Mit dem 21,5 Zoll großen Display und ca. 5 kg Gewicht ist es zwar nicht besonders transportabel, kann dafür aber schnell vom Wohnzimmer in die Küche oder ins Arbeitszimmer getragen werden. Der eingebaute Akku hält nach Acer ca. zwei Stunden lang durch. Der integrierte Standfuß lässt sich in verschiedenen Winkeln nutzen. Die technischen Werte sind gut, der Preis liegt mit knapp 500 Euro nur wenig über kleineren Tablets dieser Leistungsklasse.

www.acer.de

USB-Stick für Android

Der neue Nano USB-Stick von Verbatim kann über einen mitgelieferten Adapter direkt an Android-Geräte angeschlossen werden. Die dazu nötige „On-The-Go-Technik“ ist im Adapter integriert. Die 8GB-Variante ist direkt bei Verbatim für 7,99 € erhältlich. Leider wird der Stick nicht in der schnellen USB 3.0-Technik angeboten.

www.verbatim.de

Lernstick

Bei Prüfungen ein pfuschsicherer Rechner? Mit dem Prüfungsstick ein Problem! Auf dem „normalen“ Lernstick gibt es Lernprogramme, ein vollständiges Office-Paket, Internet-Anwendungen, Multimediasoftware, Programme für die digitale Video- und Bildbearbeitung, Spiele und Platz für persönliche Daten und Einstellungen.

www.imedias.ch/projekte/lernstick

Induktionslautsprecher

Die Smartphone-Lautsprecher sind schlecht? Dann können Sie die Induktionslautsprecher von getDigital oder ednet einsetzen. Das Smartphone wird einfach aufgelegt, der Lautsprecher eingeschaltet und schon wird der Ton verstärkt. Vorteile des getDigital-Lautsprechers sind, dass er entweder über USB oder Batterien mit Strom versorgt und das Smartphone oder jedes andere Gerät auch konventionell über Kabel angeschlossen werden kann. Die Preise sind mit knapp 20 Euro angemessen.

www.getdigital.de
www.ansmann.com

Festplatten-Lebensdauer

Der Speicherdienst Backblaze hat ständig über 25.000 handelsübliche Festplatten im Einsatz, da diese preisgünstiger sind als Spezialfestplatten. Die 2838 Western-Digital-Platten hielten durchschnittlich 2,5 Jahre, die 12956 Hitach-Modelle 2 Jahre. Seagate Platten (12765) hielten dagegen nur 1,4 Jahre. Keine aussagekräftigen Werte gab es z. B. für Samsung-Festplatten, da davon nur 18 im Einsatz waren. Bei diesen lag die Lebensdauer bei 3,7 Jahren!

www.backblaze.com

Bluetooth-Zahnbürste

Oral-B hat eine Zahnbürste vorgestellt, die sich über Bluetooth mit dem Smartphone verbindet. Bereits beim Putzen sollen dann Hinweise zur richtigen Pflege ausgegeben werden. Zudem wird die Putzzeit überwacht, Statistiken können abgerufen und „Problemzonen“ vorab definiert werden. Die Zahnbürste soll Mitte des Jahres erscheinen, ein Preis steht noch nicht fest.

MS DOS / Word 1.1

Kennen Sie noch command.com, himem.sys oder format a:. Dann waren Sie wahrscheinlich schon in den 80er-Jahren am Computer aktiv! Den Quellcode des Ur-Betriebssystems von

Microsoft, MS-DOS und den Quellcode von MS Word 1.1a hat Microsoft jetzt kostenlos über das Computer History Museum zum Download bereitgestellt. Für Informatik-Lehrer und Programmierer sehr interessant!
www.computerhistory.org

Zwei Telefonkarten

Bisher waren fast alle Smartphones, in die man zwei SIM-Karten stecken konnte, im unteren Leistungssegment angesiedelt. Das Prestigio Multi Phone 7600 Duo punktet mit einem großen IPS-Display (6 Zoll), einem Quad-Core-Prozessor, einer hochauflösenden Kamera und NFC. Der Preis von knapp 300 Euro ist für das Android-Gerät angemessen.
www.prestigio.com

App-Tipp: CineTrailer

Gehen Sie gerne ins Kino? Hier finden Sie das aktuelle Programmangebot der Kinos in der Nähe und ausführliche Informationen über Darsteller und Inhalt des Films. Trailer können werbefrei in HD-Qualität angesehen werden. Außerdem sehen Sie DVD- und Blue-ray-Neuerscheinungen. Die App ist für Android, Windows 8 und Apple (iOS ab 7.0) kostenlos in den jeweiligen Shops erhältlich.

Internet

Sie wollen eine alte Grafikkarte, ein Handy oder leere Druckerpatronen loswerden? In den Mülleimer gehört kein Elektroschrott! Alles, was in einen Maxibrief passt, können Sie aber kostenlos per Post entsorgen. Einfach in einen Umschlag geben, die kostenlose Versandmarke ausdrucken und in den Briefkasten werfen.
www.deutschepost.de/de/e/ electroreturn.html

Bis zu 80 % Rabatt? Lesara wirbt damit. Ob Mode, Schmuck oder Technik, das Angebot ist groß. Neben einer „Best-Price-Garantie“ gibt es ein 14-tägiges Rückgaberecht.
www.lesara.de

Internet für Kinder? Die preisgekrönte Seite „Internet-ABC“ bietet z. B. einen „Surfschein“, ein Lexikon, Neuigkeiten aus dem Netz und ein Forum. Das Angebot kann auch in türkischer Sprache abgerufen werden.
www.internet-abc.de

Ihre Kinder haben ein Smartphone oder ein Tablet? Hier finden Sie eine Sammlung von Apps, die für Kinder geeignet sind. Noch umfasst die Liste nur ca. 80 Apps,
www.gute-apps-fuer-kinder.de

Tipps und Tricks

Festplatte defragmentieren

Eine Festplatte sollte regelmäßig defragmentiert werden. Dadurch werden die Daten zusammengeführt, der Schreib- und Lesekopf kann kontinuierlich arbeiten und muss nicht springen. Die Geschwindigkeit und die Lebensdauer steigen dadurch. Falls Sie eine SSD besitzen, entfällt die Notwendigkeit der Defragmentierung. Sie besitzt keinen mechanischen Kopf, egal wie die Daten auf der SSD vorliegen, die Geschwindigkeit ist immer gleich. Durch häufige Defragmentierung kann sogar die Lebensdauer der SSD sinken!

Powerpoint: Laserpointer

Wussten Sie, dass es in PowerPoint einen „eingebauten Laserpointer“ gibt? Drücken Sie dazu in einer Vorführung bei gedrückter ⟨STRG⟩-Taste die linke Maustaste. Nun verwandelt sich der Mauspfeil in einen leuchtenden Punkt, den Sie bei gedrückter ⟨STRG⟩-Taste bewegen können. Die Farbe des Punktes können Sie unter „Bildschirmpräsentation einrichten“ ändern.

Sprachnachricht versenden

Notebooks haben ein integriertes Mikrofon. Ein Standrechner hat einen Eingang für ein externes Mikrofon. Über Mikrofon können Sie Sprachnachrichten aufnehmen und mit „Speak-a-Message“ direkt per Mail versenden. Alternativ können Sie die Sprachnachricht auch transkribieren, also in Text umwandeln. Das Programm ist kostenlos. Download z. B. unter
www.chip.de

Bildschirmtastatur

In Windows 8 können Sie in der Taskleiste ein Symbol zum Einblenden der Bildschirmtastatur erscheinen lassen. Klicken Sie dazu mit der rechten Maustaste in einen leeren Bereich der Taskleiste und wählen Sie Symbolleisten/Bildschirmtastatur. Schon erscheint ein kleines Tastatur-Icon. Ohne Touchscreen können Sie die Tastatur mit der Maus bedienen.

Updates

Die FritzBox-Panne hat wieder deutlich gemacht, wie wichtig Updates sind. Neben den Updates für das Betriebssystem und den Programmen auf dem Rechner dürfen auch die Zusatzgeräte nicht vergessen werden! Neue Treiber für z. B. den Drucker, die Grafikkarte oder den Scanner können das System beschleunigen und mehr Komfort bringen. Passende Updates finden Sie auf den Herstellerseiten. Dabei zeigt sich auch die Qualität eines Herstellers. Billiganbieter bieten oft keine Updates! Andere, z. B. AVM, der Hersteller der FritzBox, reagieren bei Problemen und Unzulänglichkeiten umgehend.

Vorschau

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- Filme in mp4 umwandeln
- Display einstellen
- Handy-Tarife

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im Juni 2014

zur Vollendung des 70. Lebensjahres:
am 16.06. Eugen Schwaderlapp, Auf dem Acker 7, 56379 Winden
am 28.06. Heinz-Georg Valerius, An der Kastilport 1, 54295 Trier

zur Vollendung des 71. Lebensjahres:
am 05.06. Rosi Kalampokis, Burg Seinsfeld, 54655 Seinsfeld
am 10.06. Monika Eschli, Weimarer Str. 66, 67071 Ludwigshafen
am 11.06. Roland Kraus, Mozartstr. 24, 67459 Böhl-Iggelheim
am 13.06. Marlene Heuser, Am Trimmelter Hof 17, 54296 Trier
am 13.06. Antonie Savelsberg, Römerstr. 17, 56727 Mayen
am 17.06. Peter Heuser, Am Trimmelter Hof 17, 54296 Trier
am 19.06. Helga Sachse-Höfle, Am Hechenberg 29a, 55129 Mainz
am 20.06. Josef Krämer, Pirmasenser Str. 30, 66919 Obernheim-Kirchenarnbach
am 20.06. Eduard Pelzer, Auf Omesen 36, 54666 Irrel
am 22.06. Dieter Ohmer, Ruhhecke 16, 67346 Speyer
am 28.06. Elisabeth Dauscher, Riedstr. 3, 55234 Erbes-Büdesheim

zur Vollendung des 72. Lebensjahres:
am 07.06. Bruno Gorges, Lindenstr. 10, 54597 Steffeln
am 10.06. Manfred Hilgers, Prümer Str. 2, 54634 Bitburg
am 12.06. Waltraud Grunwald, Albert-Schweitzer-Str. 12, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
am 16.06. Rainer Jacobs, Schobrigsweg 33, 56567 Neuwied
am 22.06. Hans Werner Ritt, Ringstr. 30, 56290 Sevenich
am 24.06. Hans-Peter Litzinger, Prof.-Dillinger-Weg 2, 67098 Bad Dürkheim

zur Vollendung des 73. Lebensjahres:
am 02.06. Manfred Linster, Zu den Mühlen 22, 66706 Besch
am 03.06. Guido Maier, Fliederweg 7, 67354 Römerberg
am 09.06. Alfons Büdinger, Unter der Hardt 16, 54439 Saarburg
am 10.06. Günter Philipps, Heinrich-Lübke-Str. 76, 54296 Trier
am 12.06. Margit Zens-Barlet, Am Schönberg 4, 54484 Maring-Noviand
am 15.06. Marlies Lorenz, Auf der Träf 23, 54316 Lampaden
am 22.06. Egon Reuter, Mozartstr. 8, 56593 Horhausen
am 22.06. Gisela Neunert, Kiefernweg 5 b, 55130 Mainz
am 25.06. Gerhard Albert, Hinter dem Heyer 24, 67307 Göllheim

zur Vollendung des 74. Lebensjahres:
am 05.06. Marga Kindel, Kölner Str. 3, 56410 Montabaur-Horressen
am 07.06. Annemarie Gurkau, Drachenfelsstr. 47, 53604 Bad Honnef
am 14.06. Christel Bodensteiner, Leinsweilerstr. 52, 76831 Ilbesheim
am 14.06. Walter Häser, Rosenbergstr. 32, 54550 Daun
am 15.06. Manfred Koschig, Oberbornweg, 55430 Oberwesel/Dellhofen
am 19.06. Resel Kemmler, In der Laubendöll 1, 76848 Lug
am 21.06. Erhard Gärtner, Alte Bahnhofstr. 7, 54343 Föhren
am 30.06. Jutta Klausfelder, Hermann-Löns-Str. 9, 55126 Mainz

zur Vollendung des 75. Lebensjahres:
am 03.06. Heribert Immetsberger, Schloßbergstr. 13, 67731 Otterbach
am 11.06. Bernhard Kessler, Salierstr. 15, 67373 Dudenhofen
am 23.06. Werner Busch, Goethestr. 10, 55491 Büchenbeuren
am 29.06. Ingrid Aulenbacher, Kolpingstr. 38, 56751 Polch
am 30.06. Karl-Heinz Knobloch, Hanfstücker 11, 54317 Lorscheid
am 30.06. Heinz Kuss, Meckenheimer Str. 43, 67127 Rödersheim-Gronau

zur Vollendung des 76. Lebensjahres:
am 07.06. Hildegard Dümmer, Am Geißberg 4, 54576 Hillesheim
am 10.06. Dieter Kern, Im Kirchenstück 10, 67551 Worms

zur Vollendung des 77. Lebensjahres:
am 08.06. Marlene Joksch, Adenauerstr. 20, 54578 Kerpen
am 10.06. Susanne Vornehm, Obertorplatz 2, 76829 Landau
am 14.06. Mechthild Pohl, Am Köpfel 19, 66996 Schönau
am 23.06. Johann Reiter, Wiesplätzchen 7, 54427 Kell

zur Vollendung des 78. Lebensjahres:
am 12.06. Werner Lohner, Kaplan-Schlicker-Str. 27, 56743 Mendig

zur Vollendung des 79. Lebensjahres:
am 08.06. Christian Oberweis, Kelterdell 32, 54668 Echternacherbrück
am 23.06. Änne Justen, Unter der Hardt 15, 54439 Saarburg

zur Vollendung des 80. Lebensjahres:
am 09.06. Herbert Daub, Pelzerweg 15, 56077 Koblenz

zur Vollendung des 81. Lebensjahres:
am 04.06. Alfred Johann Iwanowitsch, Weinolsheimer Str. 12, 55278 Ülversheim
am 04.06. Margarete Gräff, Rüdesheimer Str. 55 a, 55545 Bad Kreuznach
am 05.06. Georg Diederich, Alb.-Schweitzer-Str. 37, 56727 Mayen
am 15.06. Heinrich Metz, Godramsteiner Str. 26, 76829 Landau

zur Vollendung des 82. Lebensjahres:
am 03.06. Ursula Schmitz, Alter Weg 1, 56766 Ulmen
am 09.06. Hertha Kraemer, Koblenzer Str. 19 a, 54516 Wittlich
am 30.06. Jakob Mayer, Kapellenweg 2, 55411 Bingen

zur Vollendung des 84. Lebensjahres:
am 02.06. Arthur Metternich, Am Hartenberg 2, 56414 Niederahr
am 13.06. Gerhard Schreiner, Saarbrücker Str. 6, 66693 Mettlach

zur Vollendung des 85. Lebensjahres:
am 06.06. Helmut Herrmann, Im Goldenen Stück 3, 56154 Boppard
am 28.06. Bernhard Sprauer, Philipp-Rothhaar-Str. 15, 67714 Waldfischbach-Burgalben

zur Vollendung des 86. Lebensjahres:
am 03.06. Hanne Schwinning, Nr. 14, 54534 Musweiler
am 22.06. Walburga Holsowski, Friedhofstr. 32, 56271 Kleinmaischeid

zur Vollendung des 88. Lebensjahres:
am 13.06. Erika Rittmeyer, Maifeldstr. 25, 56727 Mayen
am 26.06. Kurt Baumann, Friedrichstr. 48, 67433 Neustadt

zur Vollendung des 89. Lebensjahres:
am 19.06. Werner Herzenstiehl, Bodelschwingstr. 72, 76829 Landau
am 29.06. Gertrud Mayer, Roesingerstr. 23, 66482 Zweibrücken

zur Vollendung des 90. Lebensjahres:
am 03.06. Mathilde Deutsch, Bachovenstr. 20, 53489 Sinzig
am 10.06. Helene Metz, Godramsteiner Str. 51, 76829 Landau
am 12.06. Rita Hofmann, Theodor-Heuss-Str. 18, 67346 Speyer

zur Vollendung des 91. Lebensjahres:
am 16.06. Hermann Heyermann, Gartenstr. 3, 57578 Elkenroth

Zum Tee bei ...

Christa und Günter Kohns

Christa und Günter Kohns sind ein Team. Das nicht nur als Ehepartner, sondern auch für die Lehrerschaft und den VBE in Rheinland-Pfalz. Über viele Jahre haben sie – von Nittel an der Obermosel aus, der Grenze zu Luxemburg – die Geschäfte des VBE Rheinland-Pfalz gemanagt, zu einer Zeit, als Hans Bähr Landesvorsitzender war und sich auch immer wieder in internationalen Lehrerangelegenheiten jenseits der Landesgrenzen aufhielt. Christa und Günter Kohns haben dafür gesorgt, dass der Laden lief. Ihr Archivraum war ihre Garage.

Obwohl Christa Kohns keine Lehrerin ist, ist sie seit dem 01. Januar 1985 VBE-Mitglied. Sie hat einen Sonderstatus, nämlich den als – einziges – förderndes Mitglied im VBE Rheinland-Pfalz. Die Satzung des VBE lässt solch eine Lösung für Kolleginnen und Kollegen zu, die keinen pädagogischen Beruf haben, aber dennoch aktiv Schul- und Gewerkschaftspolitik im VBE mitgestalten wollen. Und der VBE kann sich glücklich schätzen, dass er auf so viel Engagement bauen kann.

Günter Kohns ist VBE-Urgestein. Der Grundschullehrer und ehemalige Rektor der Grundschule Nittel (einer Mosel-Gemeinde mit dem Attribut, die meisten Rebstöcke auf der Gemeindefläche zu haben, davon vor allem auch den hier besonders beliebten Elbling) war nicht nur VBE-Kreisvorsitzender in Trier-Saarburg und VBE-Landesgeschäftsführer, sondern in den 90er-Jahren auch VBE-Schatzmeister und damit Mitglied in der Verbandsspitze. Seine gelassene und unaufgeregte Art, mit Geld umzugehen, hat in jener Zeit die finanzielle Grundlage für den Aufschwung des VBE geschaffen. Wie er sein riesiges Kassenbuch führte, war auch optisch beeindruckend.

1999 mit seinem Ausscheiden aus diesem Amt wurde er zum Ehrenmitglied des VBE Rheinland-Pfalz ernannt, erhielt er auch die Ehrenmedaille des Landes Rheinland-Pfalz. Bis zu diesem Jahr war er auch Mitglied im Hauptpersonalrat der Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen. Zwar dann schon in Pension blieb er auch weiter für die Lehrerschaft aktiv, indem er die Kassengeschäfte der Studienstiftung Rheinfrieden führte, bis heute. Im letzten Jahr ist Günter Kohns 75 Jahre alt geworden, und ein Jahr zuvor auch seine Frau Christa.

Beide sind der Schulpolitik, natürlich vor allem jener der Grundschule, noch immer verbunden. Sie haben ein Ohr für die schulalltäglichen Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen, was in ihrer aktiven Zeit in den VBE-Gremien geschätzt war.

Das Team Christa und Günter Kohns hat die Entwicklung des VBE auf vielfache Weise mitgestaltet. Das gilt natürlich vor allem für den Westen des Landes, die Region um Mosel, Saar und Ruwer. Sie bilden ein Gespann, das sich nicht trennen lassen will. Und vielleicht wird man auch ihnen einst eine Buche und eine Linde pflanzen.

■ *br*

Das große „Wenn Sie das nicht schaffen, sollten Sie vielleicht besser umschulen, bevor es jemand merkt“ – Rätsel.

Die Buchstaben in den gelb markierten Feldern (absteigend von links nach rechts gelesen) ergeben die letzten Sätze eines (vermutlich) nicht sehr erfolgreichen Vorstellungsgespräches zum Thema „Allgemeinbildung“. Viel Glück wünscht Ihre Redaktion!

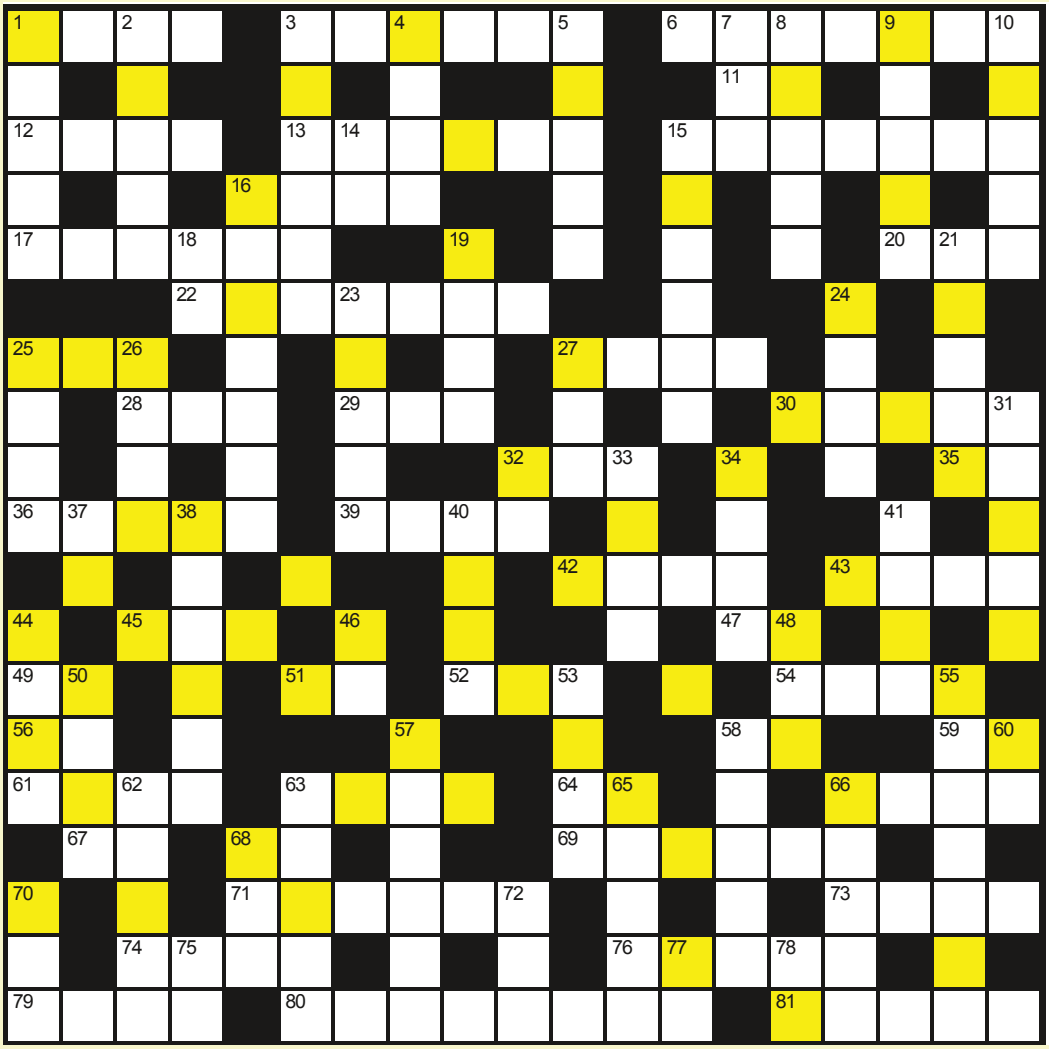
Waagerecht:

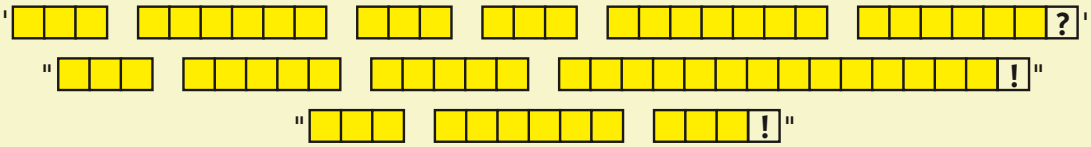
1 Zustand des Schülers in der 6. Stunde (dauert aber nur wenige Minuten)
3 Knastologe
6 DAS ist mein Gemüse
11 Der Extra-Terrestrial schon wieder.
12 Japanischer Fischleim, Chinesische Gelatine (würg, kotz)
13 In der befand sich die Titanic
15 Schwester vom Cowboy
16 Das sucht die Spusi
17 Nannte man früher auch Base
20 Da geht mir doch ein Licht auf, sagte Caesar
22 Da geht’s nur nach Süden
25 Ich bin immer dabei
27 Wirtschaftl. Zusammenbruch
28 Der verpflichtet nun wirklich zur Wahrheit
29 Furchtlosigkeit
30 Den im Klassenzimmer und ich würd‘ voll einpennen, sagte der alte Mathelehrer
32 Verwaltungsbehörde für die Lehrers in RLP
35 ? , Sie Goräng !?
36 Standhaft, fest
39 Da wollen wir mal n ? aufmachen, was?
42 Schwungkraft, Pep
43 Deutscher Komponist geht den Bach runter
45 Schleiden, (Kfz-Kennz.)
47 Manuel Neuer stand hier schon als Kind im Tor (Kfz-Kennz.)
49 Internationale Entwicklung
51 Das ist ja ’ne Nummer!

52 In der ? schmeckt die Wurst auch ohne Brot.
54 Du bist die ? vom Wörthersee
56 „nicht geprüft“ (lat.)
58 Geburtsort von Otto Graf Moltke, (Kfz- Kennz.)
59 Lieferzeit
61 Erdmöbel – hört sich beknackt an, aber wer ihn braucht, dem ist das so was von egal
63 Kleinste Primzahl
64 ? gehört zu mir, wie mein Name an der Tür
66 Kultsong von die Doofen
67 Im Tecklenburger Land sieht man dieses Zeichen öfter
68 S. 14 senkr.
69 Heißt Dakar; diese ? findet aber gar nicht mehr dort statt.
71 Nicht kodierter Abschnitt der DNA
73 Toll, ein anderer macht's
74 Vorsilbe von: weilig
76 Den sollte man in der Schule schon haben
79 Braucht man für's Bier
80 Einmal mixen: VIELGESO
81 Der Torte das T geklaut, und dafür n S eingesetzt

Senkrecht:

1 Titanic, Andrea Doria und Bismarck sind das HEUTE.
2 Normalzustand im Klassenraum
3 Hängt immer mit der Großmutter und dem Krokodil rum.
4 Aber bestimmt!
5 Wenn Sie so stinken wie DER, sollten Sie vielleicht Ihr Deo wechseln.
7 Beliebter Papstname
8 Sie sollten jetzt etwas hier reinschreiben
9 Das ? ist aus, schrieb einst Sartre.
10 Zylindrische Spirale
14 Hat jetzt 28 Mitgliedsstaaten
15 Gelber Quarz
16 Bekanntester Whistleblower
18 In oder out?
19 230 davon gibt’s aus der Steckdose
21 Städtisch
23 Hans ? in allen Gassen
24 Dessen Farbe ist gelb
25 Ich hab da mal 'ne ?, sagte Einstein
26 Super-Nanny von Hänsel & Gretel
27 Das muss man ja nicht immer neu erfinden





31 Da ist der Mensch nicht gern alleine
32 ? (Abk.) und Spitzenhäubchen
33 Anethum graveolens, auf den Salat, hm, lecker.
34 Ein Pkw hat meistens 5 davon
37 Mors, Mors ist hier die richtige Antwort (Abk.)
38 Geländer auf ’nem Schiff
40 Das macht doch Sinn, oder?
41 Den braucht man in der 68 waager. praktisch nicht mehr
44 Verdoppeln und Sie sind bei 63 waager.
46 Im Ruhestand
48 Michael und Gabriel waren solche ...
50 Staatshaushalt
53 Es gibt nicht nur den Menschen
55 Schwergewichtiges 53 senkr.
57 Macht der nun eigentlich das Wetter ?
58 Religion von Mohammed
60 Zwischenfrequenz
62 Anständig, ordentlich
63 Reimt sich auf Lunge
65 Lieblingswort vom Paten
66 Fährt in Paris im Untergrund
68 Ursprungsort aller Bockbiere (Kfz-Kennz.)
70 Der in Kölle ist ca. 157 m hoch
72 Neu
75 ?? - XY ungelöst (Abk.)
77 Absturzort des Schneiders (Kfz-Kennz.)
78 Orientierungsstufe

■ *kfs*

„ZwischenRuf"

Dresscode für Lehrerinnen und Lehrer – Diogenes oder Dior?

„Er war von Beruf Lehrer, sie war auch sehr schlecht angezogen", las ich neulich in einem Chatroom für Schüler, aber auch „unser Deutschlehrer ist ein Lackaffe, hat aber vom Unterrichten keine Ahnung."

Aktuell läuft im Internet in epischer Breite eine heiße Diskussion über die angemessene Kleidung des Lehrers und der Lehrerin in der Schule und wird die Frage nach einem Dresscode für Lehrkräfte gestellt.

Was in anderen Berufen eindeutig geklärt ist, bei Post und Bahn die Dienstkleidung (früher Uniform), die auch corporate identity vermitteln soll, im kaufmännischen Management, insbesondere bei Banken, Stoffhose, Sakko, einfarbiges Hemd und dezente Krawatte, Verbot von Ohrringen und Halskettchen bei Männern, für Frauen im Management Gebot von Kostüm, Hosenanzug, geschlossener Bluse und Rocklänge mindestens knieumspielt, in Kreativberufen flippiges T-Shirt (Aufdruck: „Ich bin Texter und darf so aussehen") und Caprihose, ist in der Schule nicht geregelt, sondern ein offenes Feld mit vielen Gestaltungsmöglichkeiten. Prinzipiell stehen sich hier nahezu unversöhnlich zwei Lager gegenüber: Hier die Saloppen, dort die Soliden.

Den Saloppen unterstellt man, dass sie gerne im Schlabberlook, in Freizeitgarderobe oder in Sportkleidung unterrichten oder alte Kleidung in der Schule abtragen. Sie fühlen sich nur in bequemer Kleidung wohl und schmettern kritische Einwände dagegen mit dem Hinweis ab, dass es in der Schule schließlich um Fach- und nicht um Textilkompetenz geht. Bekanntlich trat auch Einstein nicht als Dressman auf, und ein schlechter Lehrer wird auch mit Anzug und Krawatte nicht besser. Diese Bagatellisierung angemessener Berufskleidung erschwert eine rationale Diskussion, denn sie spielt Inhalt gegen die Verpackung aus.

Die Soliden als Befürworter einer angemessenen (gemeint ist hier nicht der Maßanzug) Lehrerkleidung behaupten, dass Lehrkräfte ernster genommen werden, wenn sie Wert auf ein gepflegtes Äußeres legen. Es geht ihnen um Ansehen im wahrsten Sinn des Wortes. Sie warnen vor einer übertriebenen Fraternisierung mit den Schülern durch modemäßige Anpassung an deren Outfit und sehen in der saloppen Kleidung des Lehrers einen mangelnden Abstand zu den Schülern, der Respektlosigkeit provoziert. In formaler Kleidung erkennen sie den Respekt vor der Institution Schule, vor dem Bildungsprozess und vor der Person des Schülers. Sie verlangen Vorbildfunktion und sehen Textilkompetenz als Teil der Auftrittskompetenz, die dem Unterrichtserfolg dient. Sie verlangen eine ordentliche Kleidung, die zum Typ passt und signalisiert, dass man Schule ernst nimmt und zwischen Freizeit und Beruf unterscheidet.

Der bekannte Schriftsteller und langjährige Lehrer Kempowski dazu: „Kinder spüren sehr rasch, ob sich einer größer oder kleiner macht als er in Wirklichkeit ist. Und Kinder haben es lieber, dass eindeutig der Lehrer vor ihnen steht. Darum bin ich in der Schule nicht salopp, sondern solide angezogen. Ich trage meistens sogar Schlips und Jacket wegen des guten Bildes und weil ich weiß, dass die Kinder es mögen, wenn man sich für sie fein macht."

Andererseits: Ist Kleidung jenseits von Krawattenzwang nicht Ausdruck der Freiheit und ein Hinweis dafür, dass es nicht um nebensächliche Äußerlichkeiten, sondern nur um die Sache geht, dass Diogenes mehr zählt als Dior?

■ *Manfred Schreiner*